

## EINWOHNERRAT

### Protokoll

der 26. Sitzung des Einwohnerrates Allschwil (Amtsperiode 2016-2020)

---

Sitzungsdatum: 7. November 2018  
Sitzungsort: Saal Schule Gartenhof, Lettenweg 32, Allschwil  
Sitzungsdauer: 18.00 – 20.55 Uhr

---

Präsenz  
Einwohnerrat: Vorsitz Markus Gruber, Präsident Einwohnerrat  
Gemäss Präsenzliste

Gemeinderat: Nicole Nüssli-Kaiser, Präsidentin  
Philippe Hofmann  
Roman Klauser  
Christoph Morat  
Thomas Pfaff  
Franz Vogt  
Robert Vogt

Gemeindeverwaltung: Patrick Dill, Leiter Gemeindeverwaltung  
Rudolf Spinnler, Jurist

Anwesend: Philippe Adam, Mark Aellen, Andreas Bärtsch, Mehmet Can, Julia Gosteli, Barbara Grange, Markus Gruber, Matthias Häuptli, Roman Hintermeister, René Imhof, Manfred Jutzi, Kaiser Astrid, Ueli Keller, Christian Kellermann, Patrick Kneubühler, Ursula Krieger, Andreas Lavicka, Jérôme Mollat, Niklaus Morat, Martin Münch, Urs Pozivil, Alfred Rellstab, Evelyne Roth, Christoph Ruckstuhl, Melina Schellenberg, Florian Spiegel, Beatrice Stierli, Christian Stocker Arnet, Flavia Tschan, Pascale Uccella, Henry Vogt, Semra Wagner, Jörg Waldner, Etienne Winter, Jean-Jacques Winter

Entschuldigt: Rolf Adam, Kathrin Gürtler, Andreas Widmer, Lukas Hess, Simon Zimmermann

2/3-Mehrheit: 18.00 Uhr 34 Anwesende = 23  
18.30 Uhr 35 Anwesende = 24  
20.00 Uhr 34 Anwesende = 23

---

### Bereinigte Traktandenliste

1. Wahl eines Mitglied in die **Finanz- und Rechnungsprüfungskommission**, anstelle der zurückgetretenen Rahel Balsiger Sonjic, FDP-Fraktion, für den Rest der laufenden Amtsperiode (bis 30.06.2020)  
Wahlvorschlag: Martin Münch Geschäft 4412
2. Wahl eines Ersatz-Mitglied in die **Geschäftsprüfungskommission**, anstelle der zurückgetretenen Rahel Balsiger Sonjic, FDP-Fraktion, für den Rest der laufenden Amtsperiode (bis 30.06.2020)  
Wahlvorschlag: Manfred Jutzi Geschäft 4413
3. Bericht des Gemeinderates vom 26.09.2018, betreffend **Beschluss der Vorsorgekommission bez. Anpassung des Umwandlungssatzes (UWS) der Pensionskasse (BLPK) des Betriebs- und Verwaltungspersonals der Gemeinde Allschwil aufgrund der Senkung des technischen Zinssatzes**  
Geschäftsvertretung: GP Nicole Nüssli-Kaiser Geschäft 4408
4. Interpellation von Christian Stocker Arnet, SP-Fraktion, vom 02.07.2018, betreffend **Prämieninitiative**  
Geschäftsvertretung: GR Roman Klauser Geschäft 4404
5. Motion von Florian Spiegel, SVP-Fraktion und Etienne Winter, SP-Fraktion, vom 28.02.2018, betreffend **Reglement Unterstützungsbeiträge im Bereich Kultur, Jugend und Sport**  
Antrag des Gemeinderates: Entgegennahme nach Umwandlung in ein Postulat  
Geschäftsvertretung: GR Christoph Morat Geschäft 4377
6. Bericht des Gemeinderates vom 17.10.2018, zum Postulat von Ueli Keller und Christoph Ruckstuhl, EVP/Grüne-Fraktion, vom 11.04.2016, betreffend **Spielgruppen**  
Geschäftsvertretung: GR Robert Vogt Geschäft 4281 / A
7. Postulat von Mark Aellen, SP-Fraktion, vom 05.12.2017, betreffend **Risikomanagement in der Gemeindeverwaltung**  
Antrag des Gemeinderates: Nichtentgegennahme  
Geschäftsvertretung: GP Nicole Nüssli-Kaiser Geschäft 4367
8. Interpellation von Rahel Balsiger Sonjic, FDP-Fraktion, vom 20.05.2015, betreffend **Finanzierung «Unser neues Schulhaus» heute und in Zukunft**  
Geschäftsvertretung: VP Franz Vogt Geschäft 4241 / A
9. Interpellation von Bruno Gadola, SP-Fraktion, vom 13.01.2016, betreffend **Sicherheit für die schwächsten Verkehrsteilnehmerinnen und -teilnehmer II**  
Geschäftsvertretung: GR Philippe Hofmann Geschäft 4269 / A
10. Postulat von Christian Kellermann, Andreas Widmer, Evelyne Roth, Beatrice Stierli, Philippe Adam und Rolf Adam, CVP-Fraktion, vom 22.05.2018, betreffend **Intelligente Strassen bauen**  
Antrag des Gemeinderates: Entgegennahme  
Geschäftsvertretung: GR Philippe Hofmann Geschäft 4398
11. Postulat von Ueli Keller, EVP/GLP/Grüne-Fraktion, vom 28.11.2017, betreffend **Natürliche Lüftung mit Schallschutz**  
Antrag des Gemeinderates: Nichtentgegennahme  
Geschäftsvertretung: GR Robert Vogt Geschäft 4366

12. Postulat von Andreas Lavicka und Etienne Winter, SP-Fraktion, vom 25.04.2018, betreffend **Umsetzung Freiraumkonzept Allschwil – Bettenackerareal**  
Antrag des Gemeinderates: Nichtentgegennahme  
Geschäftsvertretung: GR Christoph Morat Geschäft 4388
13. Postulat von Andreas Lavicka und Etienne Winter, SP-Fraktion, vom 25.04.2018, betreffend **Zwischennutzung Brache Bettenackerareal**  
Antrag des Gemeinderates: Nichtentgegennahme  
Geschäftsvertretung: GR Robert Vogt Geschäft 4389
14. Postulat von Simon Maurer und Etienne Winter, SP-Fraktion, vom 16.05.2018, betreffend **Prüfung einer Gemeindemediathek in der Villa Guggenheim**  
Antrag des Gemeinderates: Nichtentgegennahme  
Geschäftsvertretung: GR Christoph Morat Geschäft 4396
15. Postulat von Christian Stocker Arnet und Andreas Lavicka, SP-Fraktion, vom 16.05.2018, betreffend **Aufwertungspotenzial der Strassenräume in Allschwil**  
Antrag des Gemeinderates: Nichtentgegennahme  
Geschäftsvertretung: GR Christoph Morat Geschäft 4397

**Nach der Pause:**

- INFO-FENSTER DES GEMEINDERATES
  - FRAGESTUNDE
- 

**Für das Protokoll:**

Jörg Bertsch / Nicole Müller, Sachbearbeiterin Einwohnerratssekretariat

---

**Einwohnerratsprotokoll Nr. 26 vom 7. November 2018**

://: Das Protokoll wird ohne Änderung genehmigt.

**Der Präsident des  
Einwohnerrates Allschwil**

Markus Gruber

---

## **Begrüssung / Mitteilungen des Präsidenten**

### **[Entschuldigungen / Präsenz siehe Protokolleingang]**

**Markus Gruber**, Präsident: Ich begrüsse alle zur November-Sitzung. Mir liegt eine dringliche Interpellation von Andreas Bärtsch, FDP-Fraktion, vor, Geschäft 4416, Zukünftige Altersbetreuung in Allschwil.

**Andreas Bärtsch**, FDP-Fraktion: In der Interpellation ist ausführlich beschrieben, was die Ausgangslage ist. Wir hatten sie ja auch in der letzten Einwohnerratssitzung von Gemeinderat Klausner erläutert bekommen. Die Dringlichkeit begründe ich damit, dass ich möchte, dass die Interpellation möglichst rasch beantwortet wird. Wie mir vom Gemeinderat mitgeteilt worden ist, ist die Antwort für heute vorbereitet. In dem Fall ist für mich die Dringlichkeit erfüllt. Der Gemeinderat wird in der nächsten Einwohnerratssitzung die Unterlagen abgeben. Somit ziehe ich den Dringlichkeitsantrag zurück und es handelt sich um eine normale Interpellation.

**Markus Gruber**, Präsident: Somit wird die Interpellation normal traktandiert werden an einer der nächsten Sitzungen. – Wir kommen zur Bereinigung der Traktandenliste. Ich stelle fest, dass diese rechtzeitig zugestellt wurde. Mir liegt ein Änderungsantrag vor von Herrn Imhof. Ich übergebe ihm das Wort.

**René Imhof**, Fraktion Parteilos für die SVP (prov.): Da wir, Pascale Uccella, Ursula Krieger und ich, eine neue Fraktion gegründet haben mit dem Namen «Parteilos für die SVP», müssen wir Wahlen für Kommissionen durchführen.

**Jean-Jacques Winter**, SP-Fraktion: Ich hätte gerne vom Rechtsdienst unserer Gemeinde in zwei, drei Sätzen eine Erläuterung dazu. Ich bin ein alter Fuchs, ich weiss es. Ich sitze jetzt 32 Jahre hier drin (nicht ganz seit 1972, wie böse Zungen ab und zu sagen) und ich habe es in dieser Zeit noch nie erlebt, dass eine neue Partei gegründet worden ist. Es kam schon vor, dass jemand aufstand und sagte: «Halt, ich distanziere mich von dem Wort meines Vorredner oder meiner Vorrednerin.» Aber bevor wir die Sache jetzt angehen, würde ich ganz gern wissen, was gemäss unserem eigenen Reglement, das ich hier auch mit verfasst habe, zu geschehen hat. Es steht darin, es gibt Änderungen in einer Fraktion. Das heisst, aber nicht, dass wir jetzt auf einmal statt sieben acht Fraktionen sind. Wie sieht das ganz konkret aus von der rechtlichen Seite?

**Rudolf Spinnler**, Rechtsdienst der Gemeinde: Die Anzahl Fraktionen ist, soweit ich weiss, nirgends festgelegt. In § 20 Abs. 6 steht: «Wer seine Fraktionszugehörigkeit verliert oder ändert, scheidet mit Datum der Austrittserklärung respektive Ausschlusschreibens aus den ständigen Kommissionen des Rates aus.» Damit steht fest, dass die drei ehemaligen Mitglieder der SVP-Fraktion ab sofort nicht mehr Mitglieder der jeweiligen Kommission sind. Darum ist dort ein Sitz frei. Man könnte die Sache jetzt auf die nächste Sitzung traktandieren und erst dann die Ersatzwahl vornehmen. Dann würde einfach einen Monat lang der betreffende Sitz frei bleiben. Oder man könnte so vorgehen, wie dies aus Ihrer Fraktion auch schon vorkam, dass man die Wahl kurzfristig durchführt, weil man der Meinung ist, der Kommissionssitz würde sonst zu lang frei bleiben. Damals hat der Einwohnerrat diesem Antrag stattgegeben. Er muss das aber nicht tun. Der Einwohnerrat kann bestimmen, ob er die Wahl jetzt durchführen will oder, normal traktandiert, an der nächsten Sitzung.

**Jean-Jacques Winter**, SP-Fraktion: Ich will das auf keinen Fall hinauszögern. Ich wollte nur wissen, ob es rechtlich abgeklärt ist, damit es nicht hinterher Diskussionen gibt. Wenn es möglich ist, das sofort zu erledigen, dann ist wohl jeder hier drin, der in einer Kommission tätig ist, froh, wenn er weiss, mit wem er zusammenarbeitet. Machen wir es doch jetzt, wenn alle dafür parat sind.

**Markus Gruber**, Präsident: Eigentlich gibt es dazu keine Diskussion. Ich schlage darum vor, dass wir abstimmen. Ich kann noch hinzufügen, dass wir den Verteilungsschlüssel neu berechnet haben, und dass die SVP nach dem neuen Schlüssel nur noch einen Sitz in den Kommissionen hat, und dass die neue Fraktion einen Sitz zugute hat. Die Berechnung des Verteilungsschlüssels können wir auflegen, wenn das gewünscht wird. – Wir kommen zur Abstimmung darüber, ob die Traktandenliste dahingehend geändert werden soll, dass die Wahlgeschäfte für die Kommissionen bezüglich der ehemaligen Mitglieder der SVP-Fraktion heute behandelt werden.

://:

Der Änderung der Traktandenliste wird mit 20 Ja zu 11 Nein bei 3 Enthaltungen zugestimmt.

**Markus Gruber**, Präsident: Somit kommen wir als Traktandum 1 zum Wahlgeschäft der Kommissionssitze der neuen Fraktion mit dem provisorischen Namen «Parteilos für die SVP». Ich bitte um Wahlvorschläge.

**René Imhof**, Fraktion Parteilos für die SVP (prov.): Pascale Uccella würde in die Kommission für Sicherheit, Finanzen und Steuern, Verwaltungsführung und Zentrale Dienste gehen, ich wäre dort Ersatz. – Machen wir gleich weiter oder wird das zuerst abgestimmt?

**Markus Gruber**, Präsident: Ich schlage vor, dass wir ein kurzes Time-out machen und ihr uns eure Wahlvorschläge mitteilt.

#### TIME-OUT

**Markus Gruber**, Präsident: Wir fahren fort. Mir liegt folgender Wahlvorschlag vor: Die ehemalige Mitglieder der SVP, die jetzt in der neuen Fraktion sind, bleiben in ihren Kommissionen. Es gibt keine Änderungen. Sie bleiben in ihren bisherigen Kommissionen, jedoch für die neue Fraktion. So verstehe ich den Vorschlag.

**Matthias Häuptli**, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Ich bin ein wenig verärgert über dieses Verfahren. Vorhin stand die Änderung der Traktandenliste zur Diskussion, und die Diskussion wurde einfach abgeklemmt. Das geht nicht. Das ist nicht etwas, das man einfach ohne Diskussion beschliessen kann. Man muss hier die Diskussion zulassen. Und ich finde es ein wenig chaotisch, was jetzt vorgeht. Wir sind überhaupt nicht vorbereitet. Es gibt ein Time-out. Man konnte nicht über diese Traktandenliste diskutieren. Es ist ja eigentlich auch so, dass sich die Traktandenlisten-Bereinigung darauf bezieht, dass man Traktanden absetzen oder umstellen kann. Aber dass man einfach so mir nichts, dir nichts ein Traktandum auf die Liste setzt, das vom Büro nicht vorgesehen war, das ist ein wenig ungewöhnlich, und ich glaube, das geht gar nicht.

**Ueli Keller**, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Ich möchte zu dieser kritischen Stelle zwei Hinweise geben. Erstens: Der Fraktionsname «Parteilose für die SVP» ist ein Paradox. Es gibt keine Parteilosen für eine andere Partei. Das Zweite, und das ist mir wichtiger zu sagen, ist, und ich möchte es einfach gesagt haben, auch wenn ich nichts daran machen kann: Der Konflikt in der SVP wird die Institution Einwohnerrat beeinträchtigen. Und das stinkt mir.

**Markus Gruber**, Präsident: Ich kann dazu sagen, dass wir den Fraktionsnamen erst einmal provisorisch aufgenommen haben, und wir halten es für die Sache der SVP, bzw. der neuen Fraktion, mit einem definitiven Namen zu kommen. – Wir haben bereits abgestimmt, und die Mehrheit des Rates war dafür, dieses Thema zu traktandieren und die Kommissionssitze nicht vakant zu lassen. Darum machen wir jetzt weiter. Wir haben auch einen Präzedenzfall, in welchem das schon so gemacht wurde. Wir kommen somit zu den Wahlgeschäften.

01.030

Einwohnerrat

#### **Traktandum 1**

Wahl eines Mitglieds in die Finanz- und Rechnungsprüfungskommission, anstelle von René Imhof, SVP-Fraktion, für den Rest der laufenden Amtsperiode (bis 30.06.2020)  
Wahlvorschlag: René Imhof, Fraktion Parteilos für die SVP (prov.)

---

**Markus Gruber**, Präsident: Gibt es weitere Nominationen? – Das ist nicht der Fall. Ist stille Wahl bestritten? – Das ist auch nicht der Fall.

---

**://:**

René Imhof ist für die Fraktion Parteilos für die SVP (prov.) für den Rest der Wahlperiode (bis 30.06.2020) in die Finanz- und Rechnungsprüfungskommission gewählt.

01.030 Einwohnerrat

**Traktandum 2**

Wahl eines Mitglieds in die Kommission für Bauwesen und Umwelt anstelle von René Imhof, SVP-Fraktion, für den Rest der laufenden Amtsperiode (bis 30.06.2020)  
Wahlvorschlag: René Imhof, Fraktion Parteilos für die SVP (prov.)

---

**Markus Gruber**, Präsident: Gibt es weitere Nominationen? – Das ist nicht der Fall. Ist stille Wahl bestritten? – Das ist auch nicht der Fall.

**://:**

René Imhof ist für die Fraktion Parteilos für die SVP (prov.) für den Rest der Wahlperiode (bis 30.06.2020) in die Kommission für Bauwesen und Umwelt gewählt.

01.030 Einwohnerrat

**Traktandum 3**

Wahl eines Mitglieds in die Kommission für Bildung, Kultur, Gesundheit und Soziales, anstelle von Pascale Uccella, SVP-Fraktion, für den Rest der laufenden Amtsperiode (bis 30.06.2020)  
Wahlvorschlag: Pascale Uccella, Fraktion Parteilos für die SVP (prov.)

---

**Markus Gruber**, Präsident: Gibt es weitere Nominationen? – Das ist nicht der Fall. Ist stille Wahl bestritten? – Das ist auch nicht der Fall.

**://:**

Pascale Uccella ist für die Fraktion Parteilos für die SVP (prov.) für den Rest der Wahlperiode (bis 30.06.2020) in die Kommission für Bildung, Kultur, Gesundheit und Soziales gewählt.

**Markus Gruber**, Präsident: Die Nachwahl von Pascale Uccella als Ersatzmitglied in die Kommission für Sicherheit, Finanzen, Steuern, Verwaltungsführung und Zentrale Dienste kann jetzt nicht erfolgen. Hier muss ein SVP-Mitglied nachrücken. Wir verschieben das auf die nächste Sitzung. – Frage die SVP an, ob es einen Wahlvorschlag gibt. – Mir wird mitgeteilt, dass die SVP-Fraktion für die nächste Sitzung einen Wahlvorschlag unterbreiten wird. – Wir kommen somit zurück auf die ursprüngliche Traktandenliste.

01.030 Einwohnerrat

**Traktandum 4**

Wahl eines Mitglied in die Finanz- und Rechnungsprüfungskommission, anstelle der zurückgetretenen Rahel Balsiger Sonjic, FDP-Fraktion, für den Rest der laufenden Amtsperiode (bis 30.06.2020)  
Wahlvorschlag: Martin Münch, Geschäft 4412

---

**Markus Gruber**, Präsident: Vorgeschlagen ist Martin Münch. Ich frage den Rat an, ob es Gegenvorschläge gibt. – Das ist nicht der Fall.

---

**://:**

Martin Münch ist für den Rest der laufenden Amtsperiode (bis 30.6.2020) in die Finanz- und Rechnungsprüfungskommission gewählt.

**Henry Vogt**, SVP-Fraktion: Es ist ein wenig verwirrend mit diesen Wahlen. Ich bräuchte noch ein Ersatzmitglied für die KBKGS.

**Markus Gruber**, Präsident: So, wie ich das verstanden habe, möchte die SVP-Fraktion dies für die nächste Sitzung traktandiert haben.

**Jean-Jacques Winter**, SP-Fraktion: Auch kurz eine Formsache: Wir haben die Traktandenliste noch nicht genehmigt.

**Markus Gruber**, Präsident: Aus meiner Sicht haben wir mit der Abstimmung über die Änderung der Traktandenliste diese auch genehmigt.

01.030 Einwohnerrat

**Traktandum 5**

Wahl eines Ersatz-Mitglied in die Geschäftsprüfungskommission, anstelle der zurückgetretenen Rahel Balsiger Sonjic, FDP-Fraktion, für den Rest der laufenden Amtsperiode (bis 30.06.2020)  
Wahlvorschlag: Manfred Jutzi, Geschäft 4413

---

**Markus Gruber**, Präsident: Vorgeschlagen ist Manfred Jutzi. Gibt es weitere Wahlvorschläge? – Das ist nicht der Fall. Ist stille Wahl bestritten? – Das ist nicht der Fall.

**://:**

Manfred Jutzi ist für den Rest der laufenden Amtsperiode (bis 30.6.2020) in die Geschäftsprüfungskommission gewählt.

01.030 Einwohnerrat

**Traktandum 6**

Bericht des Gemeinderates vom 26.09.2018, betreffend Beschluss der Vorsorgekommission bez. Anpassung des Umwandlungssatzes (UWS) der Pensionskasse (BLPK) des Betriebs- und Verwaltungspersonals der Gemeinde Allschwil aufgrund der Senkung des technischen Zinssatzes  
Geschäftsvertretung: GP Nicole Nüssli-Kaiser, Geschäft 4408

---

**Nicole Nüssli-Kaiser**, Gemeindepräsidentin: Wie Sie bestens wissen, weil wir hier drin auch schon derartige Geschäfte behandelt haben, ist es Aufgabe der Vorsorgekommission, Sanierungsmassnahmen im Zusammenhang mit der Pensionskasse zu beschliessen. Aufgrund der Senkung des technischen Zinssatzes ab 1.1.2018 von 3 % auf 1.75 % nimmt auch der Umwandlungssatz für die neuen Renten ab 1.1.2019 ab. Ohne Gegenmassnahmen und ohne sogenannte Sanierungsmassnahmen wird dadurch der Umwandlungssatz gemäss Beschluss des Stiftungsrates der BLPK von heute 5.8 % auf 5.0 % schrittweise sinken. Das hätte logisch eine Renteneinbusse zur Folge, und zwar in einem relativ hohen Betrag von bis zu 14 % für unser Verwaltungspersonal. Die Vorsorgekommission hat deshalb die folgenden Massnahmen beschlossen, um die Situation für unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter etwas zu entschärfen. Sie hat drei Beschlüsse gefasst. Einerseits soll der Umwandlungssatz nicht auf 5.0 % sinken, sondern auf 5.4 %. Mehrkosten, die hieraus resultieren – es handelt sich um rund CHF 210'000 – sollen wie bis anhin zwischen dem Arbeitgeber und den Arbeitnehmern finanziert werden. Man konnte das lesen, der Arbeitgeber zahlt daran rund CHF 190'000, die Arbeitnehmer rund CHF 18'000. Das heisst., die

---

Aufteilung des Sparbeitrags bleibt so, wie er bis anhin ist so, wie das auch der Kanton beschlossen hat, nämlich bei 55 % Arbeitgeberseite und 45 % Arbeitnehmerseite. Die Vorsorgekommission hat hier eine andere Aufteilung auch ernsthaft geprüft und diskutiert. Man hätte sich vorstellen können, dass 60 % auf die Arbeitgeber und 40 % auf die Arbeitnehmer entfallen. Die Vorsorgekommission ist aber zum Schluss gekommen, dies auch nach Anhörung des Gemeinderates, dass die Verteilung nicht geändert werden soll. Neben der Abfederungsmassnahme, gemäss der der Umwandlungssatz auf 5.4 % und nicht auf 5.0 % sinken soll, hat die Vorsorgekommission beschlossen, keine weiteren Abfederungsmassnahmen vorzusehen. Insbesondere wegen der Schwierigkeiten, die bei der Verteilung möglicher oder weiterer Abfederungsmassnahmen entstehen würden, ist die Vorsorgekommission zum Ergebnis gekommen, dass es sinnvoller ist, die gleiche Lösung, wie sie im Kanton praktiziert wird, zu übernehmen. Ich bitte Sie, die Beschlüsse der Vorsorgekommission zur Kenntnis zu nehmen.

**Markus Gruber**, Präsident: Ich frage den Rat an, ob das Eintreten bestritten ist. – Das ist nicht der Fall. Somit kommen wir zur allgemeinen Beratung. Die Diskussion ist eröffnet.

#### *Diskussion*

**Henry Vogt**, SVP-Fraktion: Es ist gut und wichtig, sich mit dem Leben nach der Arbeitsphase frühzeitig zu beschäftigen. Lobenswert ist auch, dass die Verwaltung und die Vorsorgekommission ein Auge auf die das Personal betreffende Problematik hat und sich entsprechend für das Personal einsetzt. Dass die sogenannte Vorsorgelücke immer stärker wächst, ist schon seit Jahrzehnten bekannt. Laute Stimmen, die bereits den Untergang der AHV ankündigten, haben wir wohl schon alle gehört. Dass die Rente von uns allen sinken wird, ist keine Frage des «ob» mehr, sondern eher des «wann». Dass die Gemeinde Allschwil Lücken schliesst – jetzt eine Viertelmillion, dann ein wenig da und dort – ist ja gut, aber es sollte nicht selbstverständlich werden. Unserem Personal muss auch ganz klar bewusst sein, dass die private Vorsorge unumgänglich ist. Wir hoffen, dass die Verwaltung und die Vorsorgekommission auch den Punkt der privaten Vorsorge auf dem Plan haben und entsprechende Massnahmen, Informationen etc. umsetzen. Die SVP Allschwil nimmt selbstverständlich diesen Bericht zur Kenntnis.

**Niklaus Morat**, SP-Fraktion: Wir stellen fest, dass, wenn der Umwandlungssatz von 5.8 % auf 5.0 % gefallen wäre, dies einen Rentenverlust von 14 % bewirkt hätte. Die Ziele sind definiert. 60 % des versicherten Lohnes soll man im Rentenalter erhalten. Es ist auch definiert worden, dass 25-Jährige, die ab jetzt 40 Jahre lang in die Pensionskasse einzahlen, dies erreichen werden. Für die anderen wird es eher schwieriger. Jetzt hebt man den neuen Umwandlungssatz auf 5.4 % an. Das ist löblich. Aber das ergibt dann – zugegebenermassen gemäss einer Milchmädchenrechnung – immer noch 7 % Rentenverlust. – Zu meinem Vorredner: Dass die Renten sinken werden, ist nicht nur eine Frage des «ob» und des «wann», sondern es ist vor allem die Frage, wie wir damit umgehen. Die Bundesverfassung enthält den klaren Auftrag, dass die Rente die Existenz sichern muss, und in der Bundesverfassung steht nichts von einer privaten Vorsorge. Wir als Behörde haben nur bedingt Einfluss auf diese Dinge, aber als Arbeitgeberin stehen wir eben doch in der Pflicht. Die SP-Fraktion wird diesen Bericht zur Kenntnis nehmen und anerkennt auch die Grosszügigkeit, die in der Anhebung von 5.0 auf 5.4 % liegt.

**Urs Pozivil**, FDP-Fraktion: Wir sind grundsätzlich zu der Meinung gekommen, dass hier ein guter Mittelweg eingeschlagen wird. Es handelt sich nicht um eine Rolls-Royce-Lösung, aber es ist ein Weg, der angemessen ist, wenn man den Umwandlungssatz von 5.0 auf 5.4 % anhebt. Diesbezüglich war es uns auch relativ wichtig, dass man das Verwaltungs- und Betriebspersonal der Gemeinde gleich behandelt wie die Lehrerschaft, wie das auch schon im Landrat geschehen ist. Es wäre seltsam gewesen, wenn hier eine Diskrepanz entstanden wäre. Wir können daher auch nur diesen Bericht zur Kenntnis nehmen und danken für die Arbeit.

**Ueli Keller**, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Auch unsere Fraktion nimmt den Bericht zur Kenntnis. Ich habe eine Bemerkung und eine Frage. Die Bemerkung ist eine persönliche: Wenn ich nicht zufällig beim Kanton Basel-Stadt gearbeitet hätte, hätte ich eine um ca. 20-30 % kürzere Rente in Baselland. Die Frage: Habe ich es richtig verstanden, dass der Punkt 3, Abfederungsmassnahmen, im Prinzip mit dem Stichtagsentscheid der Arbeitgeberseite beschlossen wurde?

**Nicole Nüssli-Kaiser**, Gemeindepräsidentin: Es ist so, die Vorsorgekommission ist paritätisch zusammengesetzt. Es sind von beiden Seiten gleich viele Personen vertreten, je drei von der Arbeitgeber- und der Arbeitnehmerseite. Die von Ueli Keller angesprochene Diskussion wurde geführt,

---



und man kam zu einer 3:3-Situation. Das Vorsorgereglement sieht klar vor, wie man vorzugehen hat, wenn eine Patt-Situation vorliegt. Dann gilt ein gestellter Antrag als abgelehnt.

**Markus Gruber**, Präsident: Die Rednerliste ist erschöpft. Ich frage den Rat an, ob zusätzlich eine artikel- oder abschnittsweise Beratung des Berichts gewünscht wird. – Das ist nicht der Fall. Ich stelle fest, dass die Beratung über das Geschäft 4408 abgeschlossen ist. Wir kommen zur Abstimmung über die Anträge Seite 5 und 6.

#### *Abstimmung*

#### Anträge des Gemeinderats:

Gestützt auf diese Ausführungen beantragt Ihnen der Gemeinderat zu beschliessen:

1. Der Einwohnerrat nimmt zur Kenntnis, dass der Umwandlungssatz (UWS) für neue Renten ab dem 1. Januar 2019, analog der Regelung des Kantons linear, über vier Jahre auf 5.4 % festgesetzt wird.
2. Der Einwohnerrat nimmt zur Kenntnis, dass die aktuell gültige Aufteilung der Beiträge beibehalten wird
3. Der Einwohnerrat nimmt zur Kenntnis, dass keine zusätzlichen Abfederungsmassnahmen beschlossen wurden.

**://**

Der Bericht wird einstimmig zur Kenntnis genommen.

#### *Schlussabstimmung*

**://**

Das Geschäft wird einstimmig als Ganzes abgeschlossen.

01.030 Einwohnerrat

#### **Traktandum 7**

Interpellation von Christian Stocker Arnet, SP-Fraktion, vom 02.07.2018,  
betreffend Prämieninitiative  
Geschäftsvertretung: GR Roman Klauser, Geschäft 4404

---

**Roman Klauser**, Gemeinderat: Über die Prämieninitiative wird bekanntlich am 25. November abgestimmt. Bevor ich zur Beantwortung der in der Interpellation gestellten Fragen komme, möchte ich kurz erwähnen, worum es bei der Initiative geht. Im Grunde geht es darum, dass die Krankenkassenprämie nicht mehr als 10 % des Nettoeinkommens betragen soll. Das ist auf der einen Seite eine gute und wünschenswerte Idee. Wenn man aber den ganzen Mechano anschaut und auch die Vorlage, die im Landrat war, liest, dann sieht man, dass etwas ganz anderes passiert bei dieser Initiative. 19 von den rund 75 Millionen, die man ausgerechnet hat, würden für die bisherigen Bezüger, die in dem wirklich ganz niedrigen Einkommenssegment sind, ausgegeben. 56 Millionen würden aber für neue, 20'000er-Haushalte verbraucht. Dort ist im Moment die Grenze des Einkommens einer zweiköpfigen Familie bei CHF 130'000. Man sieht also, dass durch die Veränderung eines Parameters unten die ganze Schere relativ stark weggelaufen ist. Darum ist das auch im Landrat dementsprechend nicht angenommen worden. Nun aber zu den Fragen:

Was können wir als Gemeinde erwarten, wenn die Initiative angenommen wird?

Wir rechnen grundsätzlich – das ist aber sehr schwer zu berechnen –, dass wir zwischen CHF 200'000 und 300'000 in der Sozialhilfe als Ganzes einsparen könnten. Das sieht auf den ersten Moment so aus, als handle es sich um eine Summe, die man sich genauer anschauen muss. Was aber nicht eintreten wird, und das ist die zweite Frage, ist, dass wir durch höhere Prämienverbilligung Leute aus der Sozialhilfe herausbekommen. Das ist ein Mechano, der ganz anders läuft. Da wissen wir, dass wir praktisch keinen einzigen Fall, der jetzt in der Sozialhilfe ist, herausbekommen würden.

---

Darum ist die Haltung der Gemeinde, dass wir auf der einen Seite sehen, dass es eine tolle Sache wäre, wenn wir die 10 Millionen machen könnten. Man weiss aber, dass es den Kanton 75 Millionen kostet, und das erwischt uns am Ende doch auch. Es ist ja nicht so, dass das ganz an uns vorbei gehen würde. Wir müssten uns ein Stück weit daran beteiligen. Darum sind wir als Gemeinderat der Meinung, dass wir eigentlich nicht eintreten sollten und das auch nicht annehmen. Das wäre die Beantwortung.

**Markus Gruber**, Präsident: Ich frage den Interpellanten an, ob er mit der Beantwortung zufrieden ist.

**Christian Stocker Arnet**, SP-Fraktion: Ich habe noch zwei, drei Zusatzfragen, die man vielleicht beantworten kann. Mich würde interessieren, wie viel denn die Gemeinde zurzeit pro Jahr ausgibt für Prämienverbilligungen. Und ich würde gerne wissen, wie viel die Gemeinde denn vom Kanton bekommt für die Unterstützung. Dann ist für mich auch die Frage: Gibt es Zahlen darüber, in welcher Höhe die Gemeinde für nicht bezahlte Prämien einspringen muss von Personen, die nicht in der Sozialhilfe sind? Und würde allenfalls dieser Betrag sinken, wenn die Prämieninitiative angenommen würde?

**Roman Klausner**, Gemeinderat: Darauf gebe ich sehr gern Antwort. Wir haben in der Gemeinde Allschwil rund 858 Personen, die in der Sozialhilfe rechtlich mit CHF 11 Millionen unterstützt werden. Das heisst, für Krankenkassenprämien sind 2.24 Millionen aufgewendet worden. Aber die Rückzahlungen, die wir bekommen haben, sind bei 1.498 Millionen, sprich ein Teil bleibt immer bei uns hängen. Darum ist die ganze Sache auch für die Gemeinde nicht unbedingt so, dass man sagen könnte, dass das bei uns wirklich einschenken würde. Zum zweiten ist es so, dass die Verlustscheine aus der Krankenkasse vom Kanton zurückgekauft werden. Im Moment ist das nicht nur für den Kanton ein Verlust, denn wir rechnen mit den Versicherern zusammen, dass wir knapp 85 % zurückbekommen. Der Rest ist Verlust bei hohen Kosten für das Steueramt. Wir sind daran, das zu ändern, dass wir entweder neue Verträge bekommen oder das Ganze auflösen. Vor etwa drei oder vier Jahren hatte man gefunden, das sei toll, wir kaufen die Verlustscheine, treiben das Geld ein – aber man hat gemerkt, dass das gar nicht so einfach ist. Es kommt noch dazu, dass im neuen Budget des Kantons und auch im Finanzplan 2019–2022 zweimal eine relativ hohe Summe – einmal mit 12 und einmal mit 19 Millionen – für die Verstärkung der Prämienverbilligung angedacht ist. Aber auf dem Mechano vom alten und nicht mit dem neuen Satz mit diesen 10 %, sodass es wirklich dem niedrigen Einkommen zugutekommt und die Spanne nicht so weit hinausgeht.

**Christian Stocker Arnet**, SP-Fraktion: Besten Dank für diese Ergänzungen. Ich möchte zur Antwort des Gemeinderats auf Frage 1 folgendes bemerken: Wie der Gemeinderat auf die genannte Höhe der Einsparungen kommt, kann ich aufgrund der Ausführungen leider nicht nachvollziehen. Wenn ich es richtig mitbekommen habe, zahlt die Gemeinde pro Jahr CHF 2.2 Mio. für die Krankenkassenprämien von Sozialhilfebezügern. Der Kanton zahlt rund CHF 1.5 Mio., um die Prämien zu senken. Somit bleiben bei der Gemeinde CHF 700'000 an Prämienaufwand, der heute nicht durch Prämienverbilligung gedeckt ist. Ich gehe davon aus, dass die Sozialhilfebezügler mit ihrem Einkommen eine hohe, wenn nicht eine maximale Prämienverbilligung erhalten. Die Richtprämie würde mit Annahme der Initiative von CHF 200 auf CHF 418 ansteigen. Wenn ich davon ausgehe, dass Sozialhilfebezüglerinnen und -bezügler im Schnitt drei Viertel der Richtprämie erhalten, wären die fehlenden CHF 700'000 gedeckt. Diese Zahl wird auch durch die Angaben von Muttenz mit 17'300 Einwohnern bestätigt. Muttenz hat Einsparungen von CHF 760'000 berechnet und sagt, dies sei konservativ gerechnet. Nach diesen Berechnungen und dieser Plausibilisierung würde die Gemeinde die beträchtliche Summe von jährlich CHF 700'000 einsparen, wenn die Prämieninitiative angenommen würde.

Zur Antwort auf Frage 2: Vergleicht man wieder mit Muttenz, so gibt es dort Personen mit einem sehr geringen Unterstützungsbedarf, die in die Sozialhilfe aufgenommen sind. Deshalb geht die Gemeinde Muttenz davon aus, dass eine begrenzte Anzahl von Personen dank der höheren Prämienverbilligung von der Sozialhilfe abgelöst werden kann. Die Angaben des Gemeinderats darüber, wie es sich in Allschwil verhält, kann ich nicht nachprüfen und muss sie einfach so zur Kenntnis nehmen. Ich bin aber der Meinung, dass es auch in Allschwil solche Fälle geben könnte.

Zur Antwort auf Frage 3: Es freut mich, dass der Gemeinderat die positiven Effekte der Prämienverbilligung aktiv erkennt und der Meinung ist, die Initiative stehe im Interesse der Gemeinde. Mit der Prämienverbilligungsinitiative wird die Obergrenze der Einkommen, die noch Prämienverbilligung erhalten, an die vom Bund berechneten Durchschnittsprämien angekoppelt und neu definiert. Weiter wird eine Prämienverbilligung ausbezahlt, sodass, je höher das Einkommen ist,

desto tiefer die Prämienverbilligung ist. Die höheren Einkommen werden also sehr wenig Geld erhalten. Ich habe auf der Seite des Bundes, sie heisst priminfo.ch, nachgeschaut, was heute eine Familie mit zwei Erwachsenen und zwei Kindern an Prämien zahlen muss. Sie müssen im Kanton Baselland für die billigste Prämie, also im Hausarztmodell, CHF 11'500 pro Jahr zahlen. Die Löhne steigen kaum; die Prämien aber, deren Verbilligungen vom Kanton von einem tiefen auf ein sehr tiefes Niveau gesenkt worden sind, steigen Jahr für Jahr. Und jetzt, weil er Angst vor dieser Initiative hat, erhöht der Kanton die Prämienverbilligung ein kleines bisschen. Das zum Kanton. Das hat aber nichts mit der Gemeinde zu tun. Da nützt es auch nichts, wenn auf die Teuerung hingewiesen wird. Denn die Krankenkasse ist nicht in der Teuerung berücksichtigt. So gerät der Mittelstand immer mehr unter Druck und hat dringenden Bedarf zur Entlastung...

**Markus Gruber**, Präsident: Herr Stocker Arnet, das tut eigentlich nichts zur Sache, das tönt mir nach Abstimmungskampf.

**Christian Stocker Arnet**, SP-Fraktion: Ich möchte noch ein kurzes Fazit zusammenfassen: Herr Klauser hat auf den Kanton verwiesen, der das nicht tragen könne. Bei der Steuerreform III hat man gesagt, der Kanton könne ein Loch von CHF 50 Millionen tragen. Somit schliesse ich, dass auch die Kosten, die durch die Prämienverbilligungsinitiative entstehen, vom Kanton ebenfalls getragen werden können. Sie liegen in der gleichen Grössenordnung. Die Gemeinde jedoch kann durch die Prämienverbilligungsinitiative wiederkehrend ca. CHF 700'000 einsparen. Die richtige Antwort auf Frage 3 lautet somit kurz und bündig: Die Prämienverbilligung Initiative steht im Interesse der Einwohnerinnen und Einwohner der Gemeinde Allschwil.

**Markus Gruber**, Präsident: Diskussion findet statt, wenn kein Gegenantrag vorliegt. Gibt es einen Gegenantrag? Das ist nicht der Fall. Somit ist die Diskussion eröffnet. – Es gibt keine Wortmeldungen. Somit gilt die Interpellation als beantwortet und wird als erledigt abgeschrieben. Es gibt keine Abstimmung.

01.030      Einwohnerrat

### **Traktandum 8**

Motion von Florian Spiegel, SVP-Fraktion und Etienne Winter, SP-Fraktion, vom 28.02.2018, betreffend

Reglement Unterstützungsbeiträge im Bereich Kultur, Jugend und Sport

Antrag des Gemeinderates: Entgegennahme nach Umwandlung in ein Postulat  
Geschäftsvertretung: GR Christoph Morat, Geschäft 4377

---

**Markus Gruber**, Präsident: Sie haben, seit das Geschäft in der letzten Sitzung schon einmal traktandiert war, Zusatzinformationen per E-Mail erhalten. Ich gehe davon aus, dass sie diese alle gelesen haben.

**Etienne Winter**, SP-Fraktion: Ich möchte gerne dem Rat mein Anliegen und dasjenige von Florian Spiegel für eine Neugestaltung der Unterstützungsbeiträge in Form eines Reglements erläutern. Wie ist bis anhin die Kompetenzverteilung bei den Unterstützungsbeiträgen geregelt gewesen? Und was hat sich in letzter Zeit daran geändert? Die Antwort darauf haben wir bereits mit der vorangegangenen Interpellation zum gleichen Thema erhalten. Da aber die vorliegenden Motion aufgrund der Erkenntnisse aus jener Interpellation entstanden ist, müssen wir uns diese Informationen nochmals vor Augen führen, damit der Einwohnerrat den Kontext unseres Anliegens versteht und die Gründe, wieso Florian und ich weiterhin überzeugt sind, dass unserer Gemeinde in dieser Angelegenheit mit einem Reglement besser gedient ist.

Bis anhin spricht der Einwohnerrat jährlich im Umfang des Budgets Gelder für das Beitragswesen. Zentral ist somit die Erkenntnis, dass bislang die Budgetsprechung des Einwohnerrates ein Arbeitsauftrag an den Gemeinderat war im Sinne von: Lieber Gemeinderat, da hast du einen Batzen, tu etwas damit. Der Einwohnerrat hat den Gemeinderat also einen hohen Grad an Vertrauen geschenkt und dem Gemeinderat freie Hand bezüglich der Ausgestaltung und Umsetzung der Unterstützungsbeiträge gewährt. Aufgrund einer bemerkenswerten Änderung in den öffentlich publizierten Richtlinien zu diesem Beitragswesen hatten Florian Spiegel und ich beim Einwohnerrat jene Interpellation eingebracht, um beim Gemeinderat in Erfahrung zu bringen, wieso genau die

Anpassungen vorgenommen worden sind. Wir können aus der Antwort und der erfolgten einwohnerrätlichen Diskussion schliessen: Unsere ehemalige zuständige Abteilungsleiterin hatte aufgrund ihrer Einsicht und Mitverantwortung dem Gemeinderat einen Änderungsvorschlag zur Beitragssprechung unterbreitet. Der Gemeinderat hat das Verbesserungspotenzial selber auch erkannt und das Anliegen am Anfang auch unterstützt. Daraufhin wurde in Zusammenarbeit zwischen Gemeinderat und Verwaltung ein neues Modell ausgearbeitet, das aber bei seiner Anwendung zu einer Abweichung von der bisherigen Beitragssprechung in einer solchen Form geführt hätte, dass der Gemeinderat die ganze Neugestaltung komplett sistiert hat, ohne überhaupt den Versuch einer Anpassung des neuen Modells vorzunehmen. Das ist in unseren Augen äusserst schade und auch fragwürdig. Was uns, den Motionären, aber mehr Sorgen bereitet, ist nicht das bis hierhin geschilderte gemeinderätliche Vorgehen, sondern das, was dann im weiteren Verlauf geschehen ist. Und zwar die in unseren Augen sehr bedenkliche Änderung der gemeinderätlichen Richtlinien im Anschluss an die abgebrochene Übung.

*[Änderungen werden aufgelegt]*

Die gemeinderätlichen Richtlinien haben eigentlich das Ziel, die Gleichbehandlung aller Organisationen anzustreben, indem man Transparenz bezüglich der Vergabe der Beiträge schafft. Das steht hier schwarz auf weiss in diesen Richtlinien unter Ziff. 2. Nun hat der Gemeinderat in der Sitzung vom 16.11.2017 folgenden Passus aus seinen eigenen Richtlinien gestrichen: «Für die Bemessung werden vom Gemeinderat festgelegte Kriterien berücksichtigt. Die Kriterien sind auf den entsprechenden Merkblättern im Anhang ersichtlich.» Dass der Gemeinderat den zweiten Satz aus seinen eigenen Richtlinien streicht, kann Sinn machen, wenn er der Meinung ist, die Kriterien müssten irgendwo anders transparent festgehalten werden. Aber bitte, wie im Herrgottsnamen kann der Gemeinderat sich erlauben, nur schon mit dem Gedanken zu spielen, den ersten Satz aus seinen eigenen Richtlinien zu streichen. Einen so elementaren Pfeiler der Transparenz und somit vom Vertrauen in das Beitragswesen kann man doch nicht einfach so umwerfen. – Angeblich aber schon. Es muss ein Antrag auf Streichung im Kreis des Gemeinderats eingegangen sein, und die Mehrheit des Gemeinderats ist dem gefolgt. Die Streichung und somit der aus unserer Sicht erhebliche Vertrauensbruch ist willentlich vom Gemeinderat an der besagten Sitzung vollzogen worden. Im Kontext der abgebrochenen Neugestaltung des Beitragswesens kann man den Entscheid eigentlich nur so interpretieren, dass der Gemeinderat sich aus jeglicher Rechenschaftspflicht bezüglich seiner Beitragsentscheide verabschieden will.

Es ist aber nicht nur bei dieser Änderung geblieben. Weiter ist zusätzlich die Verwaltung bei der Beitragsentscheidung über die jährlichen Beiträge im Bereich Sport komplett ausgeschlossen worden. Das ist, wie kann es anders sein, genau der Bereich, in welchem man einen Versuch einer Neugestaltung unternommen hatte. Für diese Änderung gibt es eigentlich nur zwei plausible Erklärungsalternativen. Variante 1 basiert auf dem Willen des Gemeinderats und ist im gleichen Sinn, wie die erste Richtungsänderung vonstattengegangen, unter dem Motto: «Das ist unser Bier, da lassen wir uns nicht hineinreden.» Variante 2 basiert auf dem Wunsch der Verwaltung. Nach der Sistierung der Neuaufgleisung der Beitragssprechung könnte die Verwaltung ganz klar gesagt haben, dass sie nach bestem Wissen und Gewissen die Beitragsempfehlungen nicht mehr dem Gemeinderat unterbreiten kann, weil ihnen zu wenig handfeste, begründbare und nachvollziehbare Kriterien zur Verfügung stehen. Egal, welche von beiden Varianten ausschlaggebend gewesen ist, das Resultat ist das gleiche und für uns beide insofern bedenklich, als die eigentlichen Fachpersonen ausgeschlossen wurden oder sich selber von diesem Beitragswesen distanziert haben. Und das ganze Unterstützungswesen wird für uns noch fragwürdiger, indem bei jeder Beitragsart unterschiedliche Kompetenzen bei der Beitragssprechung vorliegen.

Im Ganzen kann man also festhalten: Die Verwaltung hat versucht, eine Verbesserung in Sachen Transparenz beim Subventionswesen zu erreichen, wurde aber zum Schluss selber ausgeschlossen, respektive hat sich selber, nach Ablehnung ihres Modells, verabschiedet. Und statt zu einer Verbesserung hat das Ganze zu einer erheblichen Verschlechterung der Transparenz geführt, weil der Gemeinderat willentlich genau in die entgegengesetzte Richtung gezogen hat. Das ist der heutige Stand, wenn man sich objektiv nach den gemeinderätlichen Richtlinien hält.

Nun kann man uns beiden Motionären natürlich vorhalten, warum wir den eigentlich so fest auf diesen Richtlinien herumhacken. Entscheidend sei doch nicht, was dort drin steht, sondern das, was daraus gemacht wird, im Sinne von: Es sind ja nur Richtlinien, betrachtet doch lieber das Resultat. Den Grund für unsere Fokussierung auf diese Richtlinien liefert uns die Frage, wie der Gemeinderat dem Einwohnerrat erklären will, wie er uns die Streichung des vorliegenden Satzes erklären will. Und auch hier gibt es eigentlich nur drei Alternativen, und diese führen alle in die gleiche Richtung. 1.

Möglichkeit: Es war ganz klar ein willentlicher Akt. Der Gemeinderat wollte keine Kriterien mehr. Ohne ist es einfacher und man muss keine Rechenschaft mehr ablegen. 2. Möglichkeit: Der Gemeinderat sagt, es sei ein Fehler gewesen, eigentlich habe man nur den zweiten Satz streichen wollen, aber in der Hitze des Gefechts sei das untergegangen, sorry, tut uns leid. 3. Variante: Wie oben angetönt, das Herunterspielen der Problematik im Sinne von: Es sind ja nur Richtlinien. Möglichkeit 1 führt unweigerlich zu einem Reglement. Das wäre vielleicht ehrlich, aber ein argumentativer Selbstmord. So etwas kann der Einwohnerrat sicher nicht goutieren. Möglichkeit 2 führt ebenfalls zu einem Reglement. Der genannte Grundsatz wäre in einem Reglement verankert und könnte vom Gemeinderat nicht plötzlich aus Versehen gestrichen werden. Also ein Regiment im Sinne des Selbstschutzes des Gemeinderats hinsichtlich seiner eigenen Fehlerkultur. Bleibt also noch Variante 3 übrig, das Herunterspielen mit der Begründung, es handle sich ja nur um gemeinderätliche Richtlinien. Aber genau wenn man diesen Gedanken weiterspinn, kommt man unweigerlich auch zum Schluss eines Reglements. Und daran ist eben der Gemeinderat selber schuld. Denn der Gemeinderat ist mittlerweile selber zur Ansicht gelangt, dass man da etwas tun müsse, dass es eine Veränderung braucht, und er will somit das Beitragswesen doch umkrempeln. Aber eben nicht auf der Basis eines Reglements, sondern weiterhin auf der Basis von gemeinderätlichen Richtlinien. Hierfür müsste jedoch der Einwohnerrat weiterhin ein hohes Vertrauen dem Gemeinderat entgegenbringen und den Richtlinien auch wortwörtlich vertrauen können. Wie uns jedoch der Gemeinderat gerade in bester Manier aufführt, ist er dazu nicht imstande. Die Richtlinien stimmen nicht mit der Vergabepaxis überein und weisen beträchtliche Mängel auf. Wie kann denn der Einwohnerrat sicher sein, dass die neuen Richtlinien in Zukunft doch eingehalten werden? Wobei es hier nicht um die nächsten drei oder vier Jahre geht, sondern wir reden von zehn oder zwanzig oder dreissig Jahren. Das ist nicht möglich. Was dabei herauskommt, wissen wir bereits heute. Darum, seien wir nicht blauäugig: Wären Florian Spiegel und ich nicht zufällig auf die Richtlinienänderung gestossen, so wäre das System Jahr für Jahr genauso weitergetuckert wie heute, und der Gemeinderat hätte sich auch nie um eine Änderung geschert. Wieso auch? Nur weil der Gemeinderat so nett war, die Richtlinien online zu stellen, und die Änderungen in den Richtlinien zu vermerken, reden wir überhaupt heute über das Beitragswesen. Es ist nirgends vorgeschrieben, dass diese Richtlinien öffentlich sein müssen, Änderungen genauso wenig. Der Einwohnerrat muss auch nicht über Änderungen in Kenntnis gesetzt werden und hat selber diesbezüglich nichts zu melden. Denn solange das Beitragswesen nicht von einem Reglement getragen wird, kann der Gemeinderat jederzeit Sachen ändern unabhängig von der einwohnerrätlichen Meinung. Und da sind ja nun eben beim Kern der ganzen Problematik angelangt. Es braucht zwingend ein Kontrollorgan, das die Rahmenbedingungen festsetzt. Wie der Gemeinderat uns aufzeigt, funktioniert es nicht ohne. Und aufgrund dieses Fehlverhaltens liegt es an uns, der Legislative, den gewünschten Perimeter für die Exekutive auszustecken. Das nennt man eben Gewaltentrennung.

Und da muss ich eben zum Schluss den Gemeinderat selber auch noch in Schutz nehmen. Wenn der Einwohnerrat dem Gemeinderat einfach nur Geld zuschiebt, keine Rahmenbedingungen setzt und einfach sagt: «Mach etwas!», der Gemeinderat daraufhin etwas ausarbeitet und einführt, anschliessend aber wiederum vom Einwohnerrat Rüffel bekommt, dann steht die Legislative genauso in der Verantwortung und in der Kritik wie die Exekutive. Aufgrund all dieser Ausführungen lässt sich für uns nur erkennen, dass ein Reglement das bestdienliche Instrument für ein sicheres und solides Fundament für das Beitragswesen ist, das wir alle zusammen – heisst: Verwaltung, Einwohnerrat und Gemeinderat – gemeinsam ausschaffen und die Kompetenzen zusammen festlegen sollen, um somit ein klares und transparentes System zum Wohl der beitragsempfangenden Institutionen und Personen auszuarbeiten. Es braucht ein zusätzliches Kontrollorgan. Die Vergangenheit hat uns das gelehrt. Und es ist unsere einwohnerrätliche Pflicht, hier dem Gemeinderat und der Verwaltung Hand zu bieten und selber ein Stück Verantwortung zu übernehmen.

**Markus Gruber**, Präsident: Verstehe ich Sie richtig, dass Sie die Motion nicht in ein Postulat umwandeln möchten? – Das ist so. Somit beantragt der Gemeinderat Nichtentgegennahme und ich übergebe das Wort an Gemeinderat Christoph Morat.

**Christoph Morat**, Gemeinderat: Etienne Winter hat uns in einem längeren Speech nochmals zurückgeführt auf die Diskussion über die Interpellation vom letzten Winter. Seither ist natürlich einiges gegangen. Im Frühjahr bereits sind wir zusammengesessen mit den Motionären. Wir, das ist die Verwaltung und ein kleiner Ausschuss des Gemeinderats, und wir hatten einen Austausch darüber, wie die Situation mit den Unterstützungsbeiträgen Kultur, Jugend und Sport besser aufgegleist werden kann. Damals wie heute ist die Ressortleitung der Auffassung, ein Reglement sei ein zu starres Instrument, um der Aufgabe einer gerechten Verteilung der Gelder, die Sie hier ansprechen, gerecht zu werden. Wir hatten das damals auch schon an dieser Besprechung gesagt,

und wir hatten es auch in der Beantwortung der Interpellation gesagt. Es ist ein allzu starres Instrument. Die Änderung, die die vorgängige Leiterin der Abteilung BEK, damals noch Department, vorgenommen hatte, war eben auch ziemlich starr. Wir haben Ihnen damals auch erklärt, dass das schon zu Friktionen geführt hatte bei den Vereinen. Ein Argument dafür kann ich hier vorbringen. Wir hatten keine einzige Reklamation eines Vereins bezüglich der Gelder, die sie entsprechend ihren Anträgen zugewiesen bekommen. Es ist aber auch tatsächlich so, wie Etienne Winter sagte: es gibt unterschiedliche Vergabepraktiken, sei das bei Projekten oder sei es bei den alljährlichen Beiträgen, die wir für Jugend- und Sportvereine vor allem hier in Allschwil sprechen. Diesbezüglich haben wir ja schon einiges aufgegleist und möchten auch weiter daran arbeiten. Gemeinderat und Verwaltung sind sehr gerne bereit, das Thema ernst, schnell und effektiv anzugehen. Aus diesem Grund bitten wir nochmals die Motionäre, ihren Antrag in ein Postulat umzuwandeln. Bei einer Prüfung soll ja insbesondere die Transparenz der Vergabe der Gelder genauer überprüft werden, es sollen die Vergabeinstanzen einheitlicher sein und nachhaltig benannt werden, und die Gelder, die der Einwohnerrat im Budgetbild bewilligt hat, sollen bedarfsgerecht und im Ansatz angepasst verteilt werden. Der Prozess wird sowieso konzeptionell geführt, und das braucht einfach auch Zeit. Für ein Reglement haben wir nur bedingt Zeit. Und wir sollten mit Vereinen und vielleicht auch mit den Antragstellern und mit weiteren Kreisen, die allenfalls beteiligt sein könnten, zusammensitzen. Für die Vergabe der Gelder für 2019 reicht es eh nicht. Es sollte aber das Ziel sein, die Vergabe für 2020 zeitgemäss, transparent und austariert mit neuen Kriterien zu behandeln. Eine allfällige Budgetrelevanz wäre somit erst für 2020 gegeben, und so müssten wir für das kommende Jahr auch keine Budgetpostulate, Sondervorlagen oder dergleichen in den Einwohnerrat bringen. In diesem Sinne bitte ich Sie nochmals, die Motion umzuwandeln in ein Postulat. Dann sind wir sehr gerne bereit, daran mitzuarbeiten und ihnen Bericht zu erstatten, nachdem wir die verschiedenen Aspekte, die ich jetzt genannt habe, geprüft haben.

**Markus Gruber**, Präsident: Ich frage die Motionäre nochmals an, ob sie bereit sind, ihren Vorstoss in ein Postulat umzuwandeln. – Das scheint nicht der Fall zu sein. Somit ist die Diskussion eröffnet.

#### *Diskussion*

**Beatrice Stierli**, CVP-Fraktion: Wir unterstützen die Motion. Für Gebühren haben wir auch ein Reglement, und so finden wir, dass wir auf der anderen Seite für die Vergabe von Geldern auch ein Reglement und klare Richtlinien haben sollten. Für die Vereine ist es wichtig zu wissen, was sie budgetieren können, und wenn man eine Reglemente hat, ist das klar. Für uns ist auch klar, dass es keine Reklamationen von Vereinen gibt, denn man bekommt ja etwas, also reklamiert man auch nicht. Aber klare Richtlinien sind wichtig, bei den Gebühren haben wir das auch.

**Henry Vogt**, SVP-Fraktion: Wir hatten uns in der Fraktion einmal den Zettel angeschaut, den wir erhalten haben und fragten uns, ob das wirklich ein offizielles Papier des Gemeinderats ist, das so kurzfristig vor der letzten Einwohnerratssitzung hereingekommen ist. Ist das Papier auch vom Gemeinderat genehmigt worden? Und war Sandra Dettwiler als Bereichsleiterin BEK daran beteiligt? Das waren die ersten Fragen, die wir uns gestellt hatten. Ich habe mich natürlich auch ein wenig in Allschwil ungehört. Und ich bekam Aussagen wie «unübersichtliche Gebührenordnung» oder «Es kursieren unterschiedliche Tarife» öfters zu hören. Sportvereine wissen teilweise nicht, wie viel und wofür sie überhaupt Beiträge erhalten und was sie noch holen können. Zur Frage «wer darf was» möchte ich ein Beispiel nennen: Die Trainer des Schwimmclubs Allschwil bezahlen Eintritt, wenn sie im Hallenbad unterrichten. Das heisst, wenn sie Schwimmkurse geben oder Trainingseinheiten abhalten, vorausgesetzt natürlich, sie sind über 20 Jahre alt, dann zahlen sie Eintritt, und das macht einen erheblichen Budgetposten bei ihnen aus. Ich habe das heute Nachmittag mit der Kassiererin des Schwimmclubs Allschwil abgeklärt. Ich gehe nicht davon aus, dass ein Trainer des FC Allschwil oder von einem anderen Verein Eintritt zahlt, wenn er auf das Feld steht. Das Beispiel zeigt einfach die Diskrepanz zwischen den Vereinen deutlich. Wir kamen von einer Interpellation im April 2017 zu einer Motion im Februar 2018, und jetzt, im November 2018, soll ein Postulat daraus werden – prüfen, berichten, einen Antrag stellen –, und in das Budget 2020 soll es dann hineingenommen werden. Die SVP-Fraktion ist der Meinung, dass ein Postulat eher eine Zeitverzögerung mit sich bringen würde als eine endgültige Lösung. Wir benötigen jetzt, in dieser Zeit der Unsicherheit, dringend eine einheitliche transparente Lösung. Die SVP wird für die Entgegennahme als Motion stimmen.

**Andreas Bärtsch**, FDP-Fraktion: Die FDP-Fraktion wird einer Motion nicht zustimmen. Der Gemeinderat besteht aus sieben Mitgliedern, die vom Volk gewählt sind. Und wenn der Gemeinderat nicht über einen Budgetbetrag, der 0.08 % unseres jährlichen Budgets ausmacht, frei entscheiden kann, dann weiss ich auch nicht, wo das hinführt. Wenn wir das mit einem Reglement starr fixieren,

dann weiss ich nicht, welche frei denkenden Geister, die es als Gemeinderäte ja schliesslich braucht, noch Lust haben, in Zukunft noch in den Gemeinderat hineinzusitzen und nach einem Reglement zu entscheiden, welcher Verein wie viel bekommt. Für das brauchen wir keinen Gemeinderat. Dann können wir das in einer Verwaltungsstube lösen. Ich bin aber der Meinung, diese Kompetenz sollte beim Gemeinderat bleiben, und der Gemeinderat sollte so viel Freiheit haben und diese Gelder sprechen können. Darum: Wenn diese Motion in ein Postulat umgewandelt wird, stimmen wir dem gerne zu. Wenn es eine Motion bleibt, lehnen wir sie ab.

**Christoph Ruckstuhl**, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Es ist offensichtlich dass es eine gewisse Malaise gibt in den Beziehungen zwischen den Vereinen und der Gemeinde. Ich habe in einem Interview mit unserem Aussenminister neulich gelesen: Wessen einziges Werkzeug der Hammer ist, der sieht überall Nägel. Weiter hat er gesagt: Parlamente und Verwaltungen haben als einziges Werkzeug den Erlass von Reglementen. Und so sieht es hier stark danach aus, wenn wir ein Problem haben und unser einziges Werkzeug der Erlass eines Reglements ist, dann wollen wir auch eine Reglement erlassen, weil wir nichts anderes zur Verfügung haben. Es ist nach unserer Ansicht bedauerlich, dass diese Malaise vorhanden ist und dass es überhaupt soweit kommen musste, dass solch eine Motion gestellt werden musste. In unserer Fraktion ist es jedem freigestellt, wie er sich zu dieser Motion stellt. Grundsätzlich, aus einer liberalen Sicht, würden wir sicher Herrn Bärtsch zustimmen, dass das hier ein Overkill ist. Aber aus der Malaise heraus, die man zwischen Vereinen und Gemeinde spürt, wobei die Vereine diejenigen sind, die diejenigen Leute organisieren, die freiwillig etwas leisten, und die für die Gemeinde wertvolle Ansprechpartner sind, sollte man den Vereinen ein deutliches Zeichen schicken, dass die Gemeinde sie ernst nimmt.

**Florian Spiegel**, 1. Vizepräsident: Es sind noch offene Fragen. Wem darf ich das Wort geben?

**Christoph Morat**, Gemeinderat: Es sind, glaube ich, nur zwei unwesentliche Dinge, die noch klargestellt werden müssen. Man muss tatsächlich aufpassen, dass man die Gebührenordnung nicht verwechselt mit den Beiträgen, die man an die Vereine zahlt. Genau das aber möchten wir ja auch mit in die grosse Waagschale hineinnehmen. Wir möchten es konzeptionell so gestalten, dass es bezüglich der Malaise mit den Vereinen, wie es genannt wurde, künftig besser läuft. Das möchten wir auch gerne so mitnehmen, in Form eines Postulats, sodass wir nicht allzu starr auf ein Reglement hin steuern. Das Zweite, was gesagt wurde, betrifft das Papier, das Ihnen vor der letzten Einwohnerratssitzung zugestellt wurde. Sie kennen den alten Spruch: Das Gegenteil von gut ist gut gemeint. Das Papier war gut gemeint, aber es war nicht gut. Ich wollte in meinem Votum eigentlich nicht darauf eingehen. Sie, Herr Vogt, haben es nun angesprochen. Und jetzt muss ich mich auch hier entschuldigen für ein Papier, das so sicher nicht hätte hinausgehen sollen. Das ist eigentlich nicht unsere Art, Sie zu informieren oder offiziell an die Öffentlichkeit zu gehen. Ich bitte Sie, das zu entschuldigen. Wir diskutieren jetzt aber nicht über das Papier und was dort drin steht, sondern wir diskutieren wirklich darüber, ob es wirklich sinnvoll ist, ein starres Korsett anzulegen und ob nichts anderes als ein Reglement möglich ist. Oder lässt man dem Gemeinderat und der Verwaltung die «unternehmerische Freiheit» und schaut, ob man es nicht mit einem guten Konzept und guten Richtlinien hinbekommt. Ich bitte Sie nochmals, den Vorstoss als Postulat zu überweisen oder ihn anderenfalls abzuweisen.

**Matthias Häuptli**, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Andreas Bärtsch hat es schon gut auf den Punkt gebracht. Irgendwo muss es noch politische Entscheide geben. Man kann nicht alles, was politisch ist, zu einem juristischen Entscheid machen. Aber das passiert, wenn man hier eine Reglement erlässt, von dem man sich vorstellt, dass es dann ähnlich detailliert und «gerecht» sein soll wie ein Gebührenreglement. Da kommt nämlich noch etwas anderes hinzu: Wenn man das macht, dann entsteht ein Rechtsanspruch auf solche Beiträge. Es gibt dann vielleicht doch ein gewisses Ermessen des Gemeinderats im Rahmen des Reglements, aber grundsätzlich gibt es dann einen Rechtsanspruch, und der ist dann auch justiziabel. Wollen wir das wirklich? Das kann doch nicht der Weg sein.

**Etienne Winter**, SP-Fraktion: Ich würde gerne noch auf gewisse Voten eingehen. Zuerst auf dasjenige von Gemeinderat Christoph Morat: Er kommt mit dem Argument, ein Reglement sei starr. Wieso? Ein Reglement ist genau so starr, wie wir es definieren. Was wir brauchen, ist eine Rahmensetzung. Wir wollen es nicht überborden. Es muss einfach nicht vogelfrei sein. Vogelfrei war es bisher, und wir wissen, was dabei herausgekommen ist bei dieser unternehmerischen Freiheit. Sie hat zudem geführt, was wir heute haben: keine Kriterien mehr. Zu diesem Thema haben wir nichts gehört von Gemeinderat. Ich wünschte mir auch, dass es ohne gehen würde. Aber der Gemeinderat ist selber schuld. Er hat das zu verantworten, dass wir es so machen müssen. Ich weiss nicht, wer

schon einmal ein wenig über das gallische Dorf Allschwil hinaus geschaut hat. Wir sind nicht die einzige Gemeinde, in der solche Sachen beantragt werden. Man kann in der Kaffeepause einmal Google hochfahren und die Stichworte «Reglemente Vereinsunterstützung» und «Richtlinien Vereinsunterstützung» eingeben. Man findet zu beidem etwas. Und beim Lesen stellt man fest: Die Reglemente unterscheidet sich nicht wesentlich von den Richtlinien. Es gibt Richtlinien, die breiter gesteckt sind und es gibt Reglemente, die breiter gesteckt sind. Wie gesagt, es geht einfach darum, dass wir einen Rahmen setzen müssen. Wir müssen es nicht überborden. Der Gemeinderat soll auch seine Freiheiten haben. Wir sagen einfach, die Verwaltung – es ist nur eine Verwaltungsaufgabe. Hat denn der Gemeinderat heutzutage nicht mehr zu tun, als irgendwelche Budgets und Rechnungen und Mitgliedslisten von Vereinen durchzublättern. Das ist doch genauso Verwaltungsarbeit. Wenn der Gemeinderat meint, er müsse dort auch noch Einblick haben, dann kann man sich daher auf etwas einigen. Vielleicht gibt es ja irgendein Grüppchen, gebildet aus Verwaltung und Gemeinderat, das sich dem annimmt. Aber wir sagen, der heutige Zustand ist einfach nicht mehr akzeptabel.

Weiter kam das Argument, ein Reglemente müsse man in sechs Monaten durchgeboxt haben. Das stimmt auch nicht. Lest doch mal das Zeug. Es muss einen Zwischenbericht geben. Das heisst einfach: Ja, wir sind daran. Fertig, aus, Ende. Und es geht so lange, wie es gehen soll. Und es soll ja eben kein Schnellwurf werden, Nicole Nüssli. Es soll kein Schnellwurf werden. Es soll für die Zukunft sein. Es soll nicht morgen ausgearbeitet werden, aber es sollte sicher die nächsten zehn, fünfzehn Jahre halten. Und darum soll man das auch unterstützen.

Das Gleiche beim Votum von Andreas Bärtsch, der findet, ein Reglement sei starr. Aber schau doch bitte die Fakten an, die wir auf den Tisch haben. Die kann man nicht nicht sehen. Darum müssen wir das einfach machen, so leid es mir tut.

**Markus Gruber**, Präsident: Die Rednerliste ist erschöpft. Somit kommen wir zur Abstimmung über die Überweisung dieser Motion.

#### *Abstimmung*

**://:**

Die Motion von Florian Spiegel, SVP-Fraktion und Etienne Winter, SP-Fraktion, vom 28.02.2018, betreffend Reglement Unterstützungsbeiträge im Bereich Kultur, Jugend und Sport, Geschäft 4377, wird mit 24 Ja zu 11 Nein bei 0 Enthaltungen überwiesen.

#### PAUSE

**Markus Gruber**, Präsident: Wir fahren fort. Ich möchte noch nachholen, dass ein neues Geschäft eingegangen ist, und zwar eine Interpellation «Aufwertungspotenzial der Strassenräume in Allschwil» von der SP-Fraktion, Christian Stocker Arnet. Das hatte ich vorhin vergessen zu erwähnen.

#### INFO-FENSTER DES GEMEINDERATS

**Nicole Nüssli-Kaiser**, Gemeindepräsidentin: Ich möchte zwei Informationen geben. Die eine betrifft den Parc des Carrières, die andere die Gemeinde-App. Beim Parc des Carrières ist es so, das am 3. Dezember dieses Jahres die Gründung des Vereins ansteht. Die Gemeinde Allschwil macht in diesem Verein mit. Ganz wichtig ist, und das wollte ich Ihnen mit auf den Weg geben, dass der TEB, der Trinationale Eurodistrict Basel an seiner letzten Vorstandssitzung im Oktober beschlossen hat, dass er sich auch im Rahmen des Parc des Carrières engagieren und in dem Verein mitmachen möchte. Vor allem können über die Geschäftsstelle des TEB gewisse administrative Aufgaben erledigt werden. Ich bin überzeugt, dass dies dem ganzen Gebilde einen weiteren Schub gibt. Wir werden davon sicher in naher Zukunft weiteres hören.

Was die Gemeinde-App angeht, so bin ich schon wiederholt gefragt worden, wann sie denn komme, so zumal man auf Facebook gesehen hat, dass andere Gemeinden schon eine solche App haben. Ich kann so viel sagen, dass es immer noch unser Ziel ist, bis Ende Jahr die Gemeinde-App aufschalten zu können. Ich kann aber nicht wirklich garantieren, dass dies gelingt, da man nicht weiss, wie lange



das Anmeldeverfahren bei Apple und Google dauert. Es würde uns selbstverständlich freuen, wenn wir das Ziel erreichen könnten.

## FRAGESTUNDE

**Ueli Keller**, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Ich habe noch eine Frage im Anschluss an die Motion zu den Unterstützungsbeiträgen, die vorhin überwiesen wurde. Wie denkt der Gemeinderat darüber, dass er die Behandlung dieser Motion zusammennimmt mit unserem Postulat «Support für Gemeinschaftsbildung».

**Christoph Morat**, Gemeinderat: Es ist für uns eigentlich klar, dass wir dies im gleichen Atemzug mit behandeln müssen.

**Pascale Uccella**, Parteilos für die SVP-Fraktion: Ich habe eine Frage wegen der Baslerstrasse, und zwar zum neuen Kreisel bei der Ziegelei. Es wird jetzt Winter, und mir ist aufgefallen, dass es dort extrem dunkel ist. Wird da noch etwas mit der Beleuchtung getan, oder bleibt das jetzt so? Ich finde, das Licht ist dort sehr schummrig.

**Franz Vogt**, Gemeinderat: Als ich gestern die Baslerstrasse hinunterfuhr, dachte ich natürlich an die Frage von Andreas Bärtsch, die er mir schon schriftlich mitgeteilt hatte. Tatsächlich ist es so, dass vor dem Central zwei Kandelaber nicht brennen. Ich hatte schon vor zwei, drei Wochen an einem anderen Ort festgestellt, dass eine Lampe nicht brennt und fragte darum nach, wie man so etwas meldet. Man sagte mir, dass es auf unserer Homepage ein Formular gibt, das man ausfüllen kann. Ich habe das dann getan. Man findet das Formular auf der Homepage unter «Verwaltung → Formulare, Dokumente → öffentliche Beleuchtung, Meldung über Störungen in der Strassen-/Trottoirbeleuchtung». Ein ausgefülltes Formular gelangt bei uns an Daniel Papp; er leitet es direkt weiter an die EBM, die für uns die Strassenlampen im Schuss hält. Das Gleiche gilt übrigens für den Kanton, auch dort ist die EBM zuständig. Es handelt sich ja um Kandelaber, die an Kantonsstrasse stehen. Wir haben zusätzlich den Kanton gebeten abzuklären, was dort los ist. Uns wurde zugesichert, dass man sich zeitnah darum kümmern wird. Wir und der Kanton haben einen Vertrag mit der EBM, die das regelt. Ich rufe alle auf, wenn sie eine defekte Strassenlampe sehen, dies über das genannte Formular auf der Homepage zu melden.

**Andreas Bärtsch**, FDP-Fraktion: Mit der Frage von Pascale Uccella ist auch meine Frage mit beantwortet. Was allerdings noch nicht gesagt wurde, ist, in welcher Frist die Lampe ausgewechselt wird. Es ist inzwischen doch schon seit etwa vier Wochen dunkel an dieser Stelle. Es wäre schon gut, wenn ein wenig Licht in diese Ecke käme, bevor vielleicht jemand in die neue Tramhaltestelle hineinfährt und ein paar Leute mitnimmt.

**Franz Vogt**, Gemeinderat: Selbstverständlich sollte das zeitnah geschehen. Man hatte mir gesagt, wenn ein Schaden anfangs Woche gemeldet wird, werde er generell in der Woche darauf behoben. In diesem Falle hoffe ich, dass es schneller geht und dass es bis Ende dieser Woche behoben ist oder spätestens Anfang nächster Woche. Anderenfalls kommt bitte nochmals auf mich zu.

**Ueli Keller**, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Ich möchte zunächst dem Einwohnerratskollegen Andreas Bärtsch danken für sein sorgfältiges und engagiertes Kümmern um die Altersbetreuung. Die Frage, die ich an den Gemeinderat habe, ist: Was hält der Gemeinderat davon, dass man die Antworten zuerst einmal dem kleineren Kreis der Kommission Kultur, Bildung, Gesundheit und Soziales zur Beratung unterbreitet? Das 40-Personen-Gremium ist einfach ein bisschen schwerfällig, um solche Fragen differenziert und interessiert zu diskutieren.

**Roman Klauser**, Gemeinderat: In der Antwort, die ihr bekommt, steht relativ ganz klar drin, wann wo welche Kommission, und was speziell begründet werden muss in dem ganzen Ablauf. Das haben wir auch dazu getan in der Antwort, die ihr bekommen werdet, damit man genau sieht, wo ist Kommissionsarbeit, und wo ist Arbeit des Einwohnerrat und wo ist Arbeit des Gemeinderats. Damit der Ablauf einmal aufgezeigt ist, wie das Geschäft richtig laufen muss, und wer wann wo involviert ist. Das ist dort relativ gut aufgezeigt.

**Andreas Bärtsch**, FDP-Fraktion: Ich habe noch eine zweite Frage. Die FDP hat am 13. Juni 2016 ein Postulat eingereicht, mit welchem darum gebeten wurde, dass im Jahr 2018 die Konkurrenzfähigkeit

der Allschwiler Tagesfamilien in Bezug auf andere Organisationen in der Nordwestschweiz überprüft werden soll, und dass im Mai des Folgejahres dem Einwohnerrat darüber berichtet werden soll. Mich nimmt Wunder, ob der Vergleich schon angestellt wurde; falls ja, ob man schon eine erste Tendenz angeben kann; falls nein, hoffen wir, dass in den nächsten anderthalb Monaten die Vergleiche gemacht werden, sodass wir dann im Mai nächsten Jahres die Ergebnisse vorgelegt bekommen.

**Robert Vogt**, Gemeinderat: Es ist so, dass wir gemäss der Geschäftsplanung des Einwohnerrat das Geschäft für die Mai-Sitzung 2019 vorgesehen haben. Das passt für uns insofern sehr gut, als jetzt in der Sicherheitsdirektion des Kantons Baselland der Familienbericht 2010 überarbeitet wird. Dort werden Resultate fällig aus der jetzigen Vernehmlassung. Das heisst, alle Gemeinden im Baselbiet können sich dazu vernehmen lassen, was wir natürlich auch tun. Das wird einfließen, und die Resultate werden uns voraussichtlich anfangs 2019 vorliegen. Aufgrund der Resultate des überarbeiteten Familienberichts werden wir dann in der Lage sein, unsere Vorlage zu beantworten. Das müsste eigentlich auf den Mai 2019 reichen. Ich kann aber noch nicht sagen, in welche Richtung das geht, wir haben noch keinen Trend.

**Christian Stocker Arnet**, SP-Fraktion: Ich werde im Quartier des Öfteren angesprochen auf den Schützenweg, der immer noch kein Trottoir hat. Weiter war ein Leserbrief im AWB – nicht initiiert durch mich – der ebenfalls fordert, dass dort gehandelt wird. Darum möchte ich noch einmal fragen, wie der aktuelle Stand der Planung im Schützenweg ist. Wann will der Gemeinderat den Schützenweg realisieren? Und gedenkt der Gemeinderat, die betroffenen Anstösser in die Planung einzubeziehen?

**Franz Vogt**, Gemeinderat: Ich hatte schon einmal am 12. September auf eine Anfrage zum Stand des Schützenwegs geantwortet. Inzwischen sind wir ein bisschen weiter. Die Offertanfrage an drei Planungsfirmen ist vorbereitet und geht in der zweiten Hälfte der kommenden Woche hinaus. Die Vergabe wird Mitte Dezember sein. Danach können wir den Auftrag für das Variantenstudium zum Vorprojekt geben. Die Bearbeitungsdauer dafür wird dann voraussichtlich drei Monate sein. Den Beschluss über das Vorprojekt wird der Gemeinderat voraussichtlich im April oder Mai 2019 fällen. Danach werden die weiteren Phasen des Bau- und Strassenlinienplans initiiert, so, wie ich es am 12. September ausgeführt hatte und man es auch im Protokoll nachlesen kann. Die Realisierung wird dann frühestens im Jahr 2020 stattfinden. Anregungen können natürlich immer auf der Gemeindeverwaltung deponiert werden, dafür ist man sehr dankbar. Sollte wirklich ein grösseres Diskussionsinteresse bestehen, dann wäre es sicher auch möglich, eine Anwohnerveranstaltung durchzuführen.

**Alfred Rellstab**, SVP-Fraktion: Es geht um die Parkallee. Ein befreundetes Ehepaar und weitere Anwohner haben mir erzählt, dass die Parkallee von gewissen Leuten als Rennstrecke benutzt wird. Es sind bis jetzt noch keine Menschen umgekommen, aber zumindest leider Gottes schon zwei Katzen. Frage: Ist die Gemeinde informiert, dass die Parkallee manchmal als Rennstrecke benutzt wird?

**Philippe Hofmann**, Gemeinderat: Mir ist nicht bekannt, dass wir da einen Strassenrennkurs eröffnet hätten. Spass beiseite: Ich weiss nichts von Zuständen, die so exorbitant sind, dass man Meldung bis hinauf machen müsste. Selbstverständlich führen wir immer wieder an verschiedenen Strassen Geschwindigkeitskontrollen durch. Ich werde entsprechend nachfragen und gegebenenfalls darüber informieren, was ich herausfinden kann.

**Alfred Rellstab**, SVP-Fraktion: Von der Polizei, wo ich heute nachgefragt habe, wurde mir gesagt, man wisse nicht, wann man das letzte Mal an der Parkallee eine Radarkontrolle durchgeführt habe. Das heisst im Klartext, vermutlich ist das schon längere Zeit nicht mehr gemacht worden.

**Philippe Hofmann**, Gemeinderat: Ich nehme diese Feststellung entgegen.

**Markus Gruber**, Präsident: Es gibt keine weiteren Fragen mehr. Wir fahren in der Traktandenliste fort.

01.030

Einwohnerrat

**Traktandum 9**

Bericht des Gemeinderates vom 17.10.2018, zum Postulat von Ueli Keller und Christoph Ruckstuhl, EVP/Grüne-Fraktion, vom 11.04.2016, betreffend Spielgruppen  
Geschäftsvertretung: GR Robert Vogt, Geschäft 4281 / A

---

**Markus Gruber**, Präsident: Ich frage die Antragsteller, ob sie das Wort zuerst wünschen.

**Ueli Keller**, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Wie man in der Antwort des Gemeinderats sieht, ist der Gemeinderat für Abschreiben. Ich stelle den Antrag auf Nichtabschreiben des Postulats und möchte das begründen. Muss ich das jetzt tun oder nachher?

**Markus Gruber**, Präsident: Sie können es jetzt machen. Wir gehen davon aus, dass die Ratsmitglieder den Bericht gelesen haben.

**Ueli Keller**, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Ich nehme jetzt für Spielgruppen nicht das Paradebeispiel Basel, denn dort bin ich positiv vorbelastet, sondern eine Gemeinde im Kanton Luzern, Nebikon. Ich bin in dieser Gemeinde engagiert, freischaffend und gratis, in der Begleitung der Entwicklung einer sozialraumorientierten Bildung. Es handelt sich um sechs Gemeinden im Kanton Luzern. In Nebikon hatten Primarschullehrpersonen ein grosses Problem gemeldet; sie hatten ganz explizite Unterschiede festgestellt bei Kindern, die in die Primarschule kommen – Leistungsunterschiede, Verhaltensunterschiede, Reifeunterschiede usw. Sie haben den Ball dann den Kindergärten zugespielt. Diese sagten, die Kinder kämen schon mit so grossen Unterschieden und Defiziten zu ihnen. Daraufhin hat Nebikon Spielgruppen eingerichtet, «Spielgruppen plus», wobei das «plus» dafür steht, dass sämtliche Eltern, die das Kind nicht in die freiwillige Spielgruppe anmelden, besucht und auf die Wichtigkeit von Frühförderung hingewiesen werden. Ich habe dann in Allschwil geschaut, wie es sich mit den Spielgruppen verhält, und bin in etwa auf das Ergebnis gestossen, wie es in der Antwort des Gemeinderats steht. Ich gehe jetzt noch auf die Antwort des Gemeinderats ein. Die Ausführungen, die der Gemeinderat vom Bund übernommen hat, finde ich hervorragend als Begründung. Das Problem ist einfach: Wenn man es nicht macht – hm... Ich war letzte Woche von der UNESCO Schweiz eingeladen zum Plattform Bildung 2030-Treffen. Die UNESCO hat ja – das hat mich eigentlich überrascht, aber trotzdem sehr gefreut – die Schweiz zum Entwicklungsland erklärt, weil die Schweiz etwa für 30 % der Kinder nicht das bietet, was sie brauchen, um im Erwachsenenleben Erfolg zu haben. Die UNESCO Schweiz hat auch die Frühförderung als eines von sechs Zielen formuliert: «Allen Mädchen und Jungen den Zugang zu hochwertiger frühkindlicher Bildung, Betreuung und Erziehung sichern, die ihnen einen erfolgreichen Übergang in die Schule ermöglichen.» Ich fragte den UNESCO-Vertreter, wie es mit der Umsetzung dieses Ziels in der Schweiz stehe. Ich erhielt die Antwort, dass es je nach Kanton und Gemeinde beachtet und umgesetzt wird – oder eben nicht. Warum ich das erzähle? Weil sich der Gemeinderat in seiner Antwort auf den Kanton Baselland beruft. Und der Kanton Baselland hat in der Bildung die Devise; «Lieber nichts als gar nichts.» Und das ist mir zu wenig. In der Antwort des Gemeinderats steht, dass er dann eventuell vielleicht einmal etwas machen wolle, wenn die Verwaltung Zeit hat. Das ist mir zu wenig. Ich möchte darum das Postulat nicht abschreiben, sondern stehen lassen.

**Robert Vogt**, Gemeinderat: Eigentlich bin ich ein bisschen erstaunt, weil ja der Gemeinderat die Anliegen der beiden Postulanten sehr ernst genommen hat und auch in der Antwort klar dargelegt hat, dass es sich um ein berechtigtes Anliegen handelt, welches helfen wird, unsere Gesellschaft vorwärts zu bringen. Der zweite Punkt ist aber der: Das Postulat nicht abzuschreiben, hilft überhaupt nicht über die Ressourcen hinweg. Im Gegenteil, man müsste sogar sagen, dann wäre es ein Budgetpostulat. Man müsste dann sagen: O. k., wir setzen jetzt CHF 100'000 ein, schaffen eine Stelle und bringen das vorwärts. Aber ich muss ganz klar sagen, wir sind jetzt auf dem Weg, wir möchten euch beiden Postulanten voll entgegenkommen und werden das auch tun. Der Gesamtgemeinderat hat sich dazu bekannt. Frühförderung ist wichtig. Wir werden es tun. Aber zuerst kommen noch ein paar andere wichtige Aufgaben. Dann gehen wir das an. Deswegen bitte ich Sie, jetzt das Postulat abzuschreiben. Und sie können sicher sein, wir gehen trotzdem in gleicher Geschwindigkeit vorwärts.

### *Beratung*

**Ueli Keller**, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Danke schön. Ich zitiere den Gemeinderat mit dem Satz, der mir nicht passt: «Grundsätzlich ist der Gemeinderat jedoch offen für ein Austauschtreffen mit den Allschwiler Spielgruppen und kann sich gut vorstellen, dass der zuständige Bereich Bildung – Erziehung – Kultur zum gegebenen Zeitpunkt ein solches Treffen initiiert.» Das ist mir einfach zu wenig, «zum gegebenen Zeitpunkt».

**Markus Gruber**, Präsident: Es hat keine weiteren Wortmeldungen. Ich frage den Rat an, ob zusätzlich eine abschnittsweise Beratung des Berichts gewünscht wird. – Das ist nicht der Fall. Somit kommen wir zur Abstimmung.

### *Abstimmung*

#### Antrag des Gemeinderats:

1. Gestützt auf diese Ausführungen beantragt Ihnen der Gemeinderat zu beschliessen: Das Postulat 4281 betreffend Spielgruppen in Allschwil wird als erledigt abgeschrieben

**://:**

Der Antrag des Gemeinderats wird grossmehrheitlich, bei 7 Nein und 4 Enthaltungen angenommen.

**Markus Gruber**, Präsident: Somit ist das Postulat abgeschrieben.

### *Schlussabstimmung*

**://:**

Das Geschäft wird grossmehrheitlich als Ganzes abgeschlossen.

01.030 Einwohnerrat

#### **Traktandum 10**

Postulat von Mark Aellen, SP-Fraktion, vom 05.12.2017, betreffend Risikomanagement in der Gemeindeverwaltung  
Antrag des Gemeinderates: Nichtentgegennahme  
Geschäftsvertretung: GP Nicole Nüssli-Kaiser, Geschäft 4367

---

**Markus Gruber**, Präsident: Ich frage den Antragsteller, ob er das Wort wünscht. – Das ist nicht der Fall.

**Nicole Nüssli-Kaiser**, Gemeindepräsidentin: Sie konnten es in der Einladung bereits lesen, der Gemeinderat möchte das Postulat nicht entgegennehmen. Zur Begründung kann ich so viel ausführen: Der Gemeinderat hat sich im Rahmen des REO-Projekts Entwicklung Verwaltung Allschwil (EVA) intensivst mit der Frage auseinandergesetzt, wie und in welchem zeitlichen Ablauf er ein umfassendes Risikomanagement einführen könnte. Man hat dann gesehen, ein wirklich umfassendes Risikomanagement, das alle Facetten beinhaltet, einzuführen, würde den Rahmen des Projekts EVA sprengen. Wir haben dann beschlossen, dass wir erst einmal anfangen würden mit der Einführung des internen Kontrollsystems (IKS), was für 2019 geplant ist. Mit der Einführung des IKS werden die Risiken auf operativer Ebene mit systematischen Kontrollen beleuchtet und damit auch überwacht. Der Fokus liegt dabei ganz klar auf den Risiken und Kontrollen im Bereich der finanziellen Berichterstattung. Zudem sieht der Gemeinderat vor, ein weitergehendes Risikomanagement im 2021 einzuführen. Sie werden das sehen, wenn sie an der Dezember-Sitzung den Aufgaben- und Finanzplan 2019 bis 2023 erhalten und dort einen Mehrjahres-Aufgabenplan sehen werden. Darin werden Sie sehen, wie wir vorgehen möchten – wie gesagt so, dass im 2019 ein Teil eingeführt wird und das Umfassende dann im 2021. Sie sehen also, der Gemeinderat denkt in die gleiche Richtung wie der Postulant. Weil wir aber schon auf dieser Spur sind, sind wir der Meinung, dass wir das Postulat nicht entgegennehmen möchten.

### *Beratung*

**Mark Aellen**, SP-Fraktion: Da ja der Gemeinderat geäussert hat, dass er eigentlich in diese Richtung gehen möchte und sogar schon einen Zeitplan ausgearbeitet hat, finde ich es ein wenig bedenklich, dass der gleiche Gemeinderat findet, er wolle das liegen lassen und jetzt nicht berichten und keine Zeit mit dem Thema vergeuden, sondern einfach abwarten, was kommt. Um ein IKS einzuführen, muss man Risiken einschätzen, um somit auch die richtigen Parameter anzuschauen. Also setzt man schon eine gewisse Grundrichtung. Das wäre ein Bestandteil eines Risikomanagements. In meinem Postulats-Antrag steht mit keinem Wort, der Bericht müsse umfassend, total und möglichst schon morgen vorliegen. Sondern es soll einfach eine klare Antwort gegeben werden, welche Schritte man sich vorstellt, was man mit uns als Einwohnerrat damit zu tun gedenkt. Und ich glaube, diesen Aufwand sollte man nicht zu spät treiben, sondern eher zu früh. Es geht um Prüfen und Berichten und nicht um ein sich Festlegen, es geht darum, welche Ideen man verfolgen möchte, sodass wir dann später auch darauf eingehen können. Denn ich bin felsenfest überzeugt, wie es auch in jeder Firma der Fall ist, ein Risikomanagement ist nicht ein Instrument, das nur der Führungsgruppe dient, sondern es müssen alle dabei sein. Selbst in grossen Organisationen wird auch mit den Shareholders das Risikomanagement besprochen. Also nochmals: Ich bin sehr dankbar, dass der Gemeinderat so oder so in diese Richtung gehen möchte. Aber ich denke, die grundlegenden Richtlinien uns mitzuteilen, ist keine Zeitverschwendung. Ich kann auch noch hinzufügen: Das Postulat ist schon vor einem Jahr eingereicht worden, und wir bekommen jetzt die Vorlage vorgelegt zur Ablehnung. Ich bin auch sehr glücklich, wenn es nach anderthalb Jahren einen Bericht zu diesem Postulat gibt. Ich habe es nicht so pressant, aber einen Bericht möchte ich sehen.

**Martin Münch**, FDP-Fraktion: Unsere Fraktion vertraut dem Gemeinderat. Ich glaube, sie machen ihre Sache in diesem Punkt nicht schlecht. Aus diesem Grund möchten wir das Postulat auch nicht überweisen. Wir folgen den Ausführungen der Gemeindepräsidentin und glauben, dass im 2021 das Risikomanagement umgesetzt wird im Rahmen der EVA, und dass auch mit dem IKS ein geeignetes Instrument für die Übergangszeit vorliegt.

**Henry Vogt**, SVP-Fraktion: Ein Risikomanagement ist doch sehr wichtig. Die SVP-Fraktion folgt dem Antrag des Gemeinderats. Die Begründung dafür ist, dass das Risikomanagement in den Zielen der Gemeinde bereits enthalten ist, und wir wollen dem Gemeinderat dafür entsprechend Zeit lassen.

**Markus Gruber**, Präsident: Die Rednerliste ist erschöpft. Wir kommen zur Abstimmung. Wer das Postulat überweisen möchte, bezeugt das mit der gelben Karte.

### *Abstimmung*

**//:**

Das Postulat von Mark Aellen, SP-Fraktion, vom 05.12.2017, betreffend Risikomanagement in der Gemeindeverwaltung, Geschäft 4367, wird mit 19 Ja zu 12 Nein bei 3 Enthaltungen überwiesen.

01.030

Einwohnerrat

#### **Traktandum 11**

Interpellation von Rahel Balsiger Sonjic, FDP-Fraktion, vom 20.05.2015, betreffend

Finanzierung «Unser neues Schulhaus» heute und in Zukunft

Geschäftsvertretung: VP Franz Vogt, Geschäft 4241 / A

---

**Markus Gruber**, Präsident: Ich frage die FDP-Fraktion an, ob das Wort gewünscht wird. – Das ist nicht der Fall.

**Franz Vogt**, Gemeinderat: Sie haben das Papier gelesen. Ich werde nur kurz darauf eingehen, vor allem, da es ja ein sehr altes und zum Teil mittlerweile veraltetes Papier ist. Rahel Balsiger ist ja ironischerweise heute zum ersten Mal nicht mehr dabei. Die genauen Gründe, warum es so lange gedauert hat, habe ich nicht näher recherchiert. Wenn ich mich aber richtig erinnere, haben wir, also die Abteilung Finanzen, die Interpellation seinerzeit relativ schnell beantwortet. Da jedoch die

Immobilienstrategie zu dem Zeitpunkt noch nicht verabschiedet war und diese ja dann auch noch eine Ehrenrunde von einem Jahr gedreht hat, ist die Interpellationsbeantwortung unterdessen irgendwo verstaubt und musste natürlich jetzt wieder neu geschrieben werden. Jetzt liegt sie aber vor. Wie gesagt, auf Punkt 1 und 2 gehe ich nicht näher ein. Wenn jedoch etwas unklar sein sollte, beantworte ich Ihre Fragen selbstverständlich gerne. Wie unter Punkt 3 ausgeführt, ist eine Vorfinanzierung nicht als Finanzquelle anzusehen. Sie stellt lediglich sicher, dass zweckgebundenes Eigenkapital gebildet werden muss. Und mit der Einführung von HRM 2 muss eine Vorfinanzierung über die gesamte Laufzeit einer Anlage gleichmässig aufgelöst werden. Im Klartext heisst das, die Abschreibungen in der Erfolgsrechnung werden um diesen Betrag entlastet. Im Budget 2019 sind das total CHF 847'000, was ja kein kleiner Betrag ist. Weiter wird nur ein Teil der vorgesehenen Grundstücke verkauft. Ein wesentlicher Teil wird im Baurecht abgegeben, wie Sie es ja im Einwohnerrat beschlossen haben – was aus heutiger Sicht auch sinnvoller ist. Dieser Entscheid hat übrigens keinen Einfluss auf die Verschuldung, da die Grundstücke aufgewertet werden somit in das Finanzvermögen einfließen. Das hat aber sehr wohl sozusagen eine Cash-Wirkung, d. h. es müssen dafür mehr Kredite aufgenommen werden. Im Moment sind die Zinsen tief, zum Teil sogar negativ. Aber auch bei steigenden Zinsen beurteilen wir die Variante Baurecht als wirtschaftlicher als einen Verkauf. Durch die erheblichen Mehrerträge aus den Steuern in den letzten Jahren ist es möglich, dass wir deutlich weniger Kapital aufnehmen mussten, als das ursprünglich geplant war.

**Urs Pozivil**, FDP-Fraktion: Es ist natürlich sehr schade, dass die Beantwortung der Interpellation sehr spät kam. Es handelt sich jetzt also um einen Tatsachenbericht über bereits Ausgesessenes. Daher eigentlich nur der Appell aus der FDP-Fraktion: Interpellationen sollen eigentlich nicht verstauben und in einer Schublade landen, wo man sie nicht mehr findet, sondern man sollte schauen, dass man nicht zu lange Wartezeiten hat, bis etwas beantwortet wird. Beim nächsten Traktandum haben wir ja den genau gleichen Fall.

**Markus Gruber**, Präsident: Diskussion findet statt, wenn kein Gegenantrag gestellt wird. Gibt es weiteren Diskussionsbedarf? – Das ist nicht der Fall. Somit gilt die Interpellation als beantwortet und wird als erledigt abgeschrieben. Es gibt keine Abstimmung.

01.030      Einwohnerrat

### **Traktandum 12**

Interpellation von Bruno Gadola, SP-Fraktion, vom 13.01.2016, betreffend Sicherheit für die schwächsten Verkehrsteilnehmerinnen und -teilnehmer II  
Geschäftsvertretung: GR Philippe Hofmann, Geschäft 4269 / A

---

**Markus Gruber**, Präsident: Ich frage die SP-Fraktion an, ob das Wort gewünscht wird.

**Christian Stocker Arnet**, SP-Fraktion: Wir haben die Antwort des Gemeinderats studiert. Ich muss noch ein wenig zurückgreifen. Die ganze Problematik mit den schwächsten Verkehrsteilnehmerinnen und -teilnehmern geht sechs Jahre zurück. Am 12. November 2012 hatte die SP-Fraktion das Postulat betreffend Konzept für die Verkehrssicherheit und Förderung des Fussverkehrs eingereicht. Damals hatte der Gemeinderat aber befunden, dass er schon an dem Thema dran sei, und so hat man das Postulat zurückgezogen. Dann kam aber heraus, dass nicht ein Konzept erarbeitet worden war, sondern dass lediglich eine Schwachstellenanalyse gemacht worden war. Das ist auch etwas Gutes, aber eben nicht ein Konzept. Daraufhin hat Herr Gadola eine erste Interpellation geschrieben und Fragen gestellt zur Sicherheit der schwächsten Verkehrsteilnehmer. In der Antwort zu dieser ersten Interpellation hatte der Gemeinderat einen Grossteil der Fragen mit dem Zitat aus der Schwachstellenanalyse abgetan «Als Fazit der Schwachstellenanalyse Fuss- und Veloverkehr wird festgehalten, dass grundsätzlich der Fuss- und Veloverkehr auf den Gemeindestrassen Allschwil als sicher beurteilt werden kann. Der Gemeinderat teilt diese Auffassung.» Diese Antwort gab er auch auf die Frage, ob der Gemeinderat mit den getroffenen respektive noch zu treffenden Massnahmen für sämtliche Gemeindestrassen verkehrstechnisch und rechtlich gesicherte Gehwege gewährleisten kann. Was der Gemeinderat aber verschwiegen war der zweite Teil des Fazits der Schwachstellenanalyse, wo es nämlich heisst: «Dennoch sind einige grundsätzliche Themen zu klären, respektive ortsspezifische Schwachstellen zu verbessern.» Die Antwort des Gemeinderats, wonach ja eigentlich alles gut sei, hat der SP-Fraktion nicht genügt. Darum wurde die jetzt vorliegende Interpellation eingereicht. Dies war im März 2015, also fast vor drei Jahren.

---

Bezüglich der Fragen 1 bis 3 sind wir froh, dass der Gemeinderat gehandelt hat, und wir sind auch zuversichtlich, dass die noch pendenten Massnahmen aus der Schwachstellenanalyse zeitnah umgesetzt werden. Frage 6, die auf die Baslerstrasse abzielt, hat sich durch die lange Dauer der Beantwortung von selber erledigt, weil die Baslerstrasse ja jetzt zum Glück endlich saniert wird. Zur Antwort bezüglich Frage 4: In der Schwachstellenanalyse wird unter «weitere generelle Mängel» bezüglich Trottoirbreite folgendes festgehalten: Viele Trottoirs sind zu schmal oder enden ohne sichere Querungsmöglichkeit auf Strecken im Knotenbereich. Trottoirs sind zum Teil mit Hindernissen versehen: Beleuchtungen, Hydranten, Bepflanzungen. Als Massnahme wird folgendes vorgeschlagen in der Schwachstellenanalyse: «Die begehbare Mindestbreite bei Trottoirs beträgt 2 m, besser ein breites einseitiges Trottoir als zwei schmale Trottoirs.» Dazu hatten wir die Frage gestellt, in welchen Strassen die Trottoirs entsprechend der Schwachstellenanalyse zu schmal sind, und in welchen Strassen die Trottoirs gänzlich fehlen. Die Antwort des Gemeinderats muss ich nochmals vorlesen, denn sie ist für mich recht unglaublich: «Das Auflisten und Durchgehen aller Trottoirs der Strassen in Allschwil hätte eine neue Schwachstellenanalyse zur Folge.» Ich frage mich, warum in aller Welt braucht es eine neue Schwachstellenanalyse? Es liegt doch eine vor. Weiter wird vom Gemeinderat ins Feld geführt, dass der Aufwand dem Nutzen entgegengesetzt werden müsse, weshalb in der folgenden Beschreibung je nach Quartier versucht werde – versucht, nach drei Jahren! – eine kurze Beurteilung über die Situation der Trottoirs zu vermitteln. Aus meiner Sicht würde es reichen, wenn man das Geoview des Kantons Baselland öffnen würde und dort einmal schauen würde, welche Trottoirs überhaupt 2 m breit sind in Allschwil. Ich habe mir dafür eine halbe Stunde Zeit genommen und das getan. Es sind genau vier Strassen, die durchgängig ein 2 m breites Trottoir haben, das sind der Hegenheimerweg, die Brennerstrasse, der Binningerweg (der aber nur 70 m lang ist) und der Himmelreichweg. Das heisst im Umkehrschluss, alle anderen Gemeindestrassen haben zu schmale oder gar keine Trottoirs. Somit wäre die Schwachstellenanalyse gemacht, die angeblich so aufwendig gewesen wäre, und ich verzichte jetzt auf ein Honorar. Die Frage hatte darauf abgezielt aufzuzeigen, dass die Trottoirs an den Gemeindestrassen fast ausnahmslos nicht den heutigen Normen und Bedürfnissen im Fussverkehr entsprechen oder gänzlich fehlen, und dass dringender Handlungsbedarf besteht, um die Fusswege sicherer zu machen. So täte der Gemeinderat gut daran, sich zu überlegen, wie er diesen Missstand beheben könnte und die Strassenräume für den Fussverkehr und die Einwohner von Allschwil sicherer und attraktiver zu gestalten. Darum habe ich jetzt zu dieser Angelegenheit eine weitere Interpellation gemacht, damit das Thema nicht untergeht.

**Philippe Hofmann**, Gemeinderat: So ist das halt, wenn man alte Sachen, die verstaubt sind, aus dem Keller hervorholen muss, und es ist umso undankbarer, nachdem von Urs Pozivil schon dieser Steilpass gemacht worden ist. Nichtsdestotrotz habe ich natürlich jetzt die Aufgabe, die Interpellation «Sicherheit für die schwächsten Verkehrsteilnehmerinnen und -teilnehmer II» vom 4. März 2015 zu vertreten. Ich möchte zunächst an die Ausführungen zu Frage 4 anknüpfen, bevor ich noch zwei, drei allgemeinere Sachen sage. Man muss natürlich schon folgendes sehen: So einfach, wie das jetzt dargestellt wurde, dass man einfach kurz ins Geoview hineinschaut und die Trottoirs misst, ist es nicht. Hätte ich hier gesagt, wir sind ins Geoview gegangen und haben eine halbe Stunde lang nachgeschaut, welche Trottoirs 2 m breit sind, dann wäre das, da bin ich sicher, auch nicht die Antwort gewesen, die man hätte hören wollen. Aber ich danke vielmals für die Information. Man muss dazu aber auch anfügen, dass es auf dem Gemeindebahn sehr viele Strassen gibt, auf denen man überhaupt kein 2 m breites Trottoir bauen könnte, weil es die Strassenverhältnisse gar nicht zulassen. Das muss auch einmal gesagt sein. Darum haben wir auch eine nach Quartieren aufgeteilte Auflistung gemacht. Und man hatte auch zuvor erklärt, warum man nicht eine noch ausführlichere und umfassendere Darstellung gegeben hat. Das Papier ist doch jetzt schon recht dick und sehr ausführlich. Das soll keine Ausrede sein, aber eine Erklärung.

Dass eine Interpellation erst nach dreieinhalb Jahren beantwortet wird, ist ein unschöner Umstand. Ich war auch verärgert, als ich es sah und feststellte, dass es aus einer Zeit kommt, als ich noch gar nicht Gemeinderat war. Ich bitte um Entschuldigung. Die Gründe sind vielschichtig. Die inhaltliche Thematik ist äusserst komplex. Und andererseits ist auch die Priorisierung wichtiger Vorhaben wie etwa Hegenheimerweg oder Baslerstrasse zu erwähnen. Nichtsdestotrotz, im Leitbild Zukunft Allschwil ist die Erstellung eines Langsamverkehrskonzepts für die Jahre 2020 und 2021 vorgesehen. Darin liegt ein weiterer Grund, warum wir die vorliegende Interpellation in verkürzter Form beantwortet haben. Denn im Zusammenhang mit dem Langsamverkehrskonzept wird es noch sehr viele weitere Ausführungen geben. Ebenfalls mit der Ausarbeitung des Langsamverkehrskonzepts wird Ihnen ein Terminprogramm für die Behebung der offenen Schwachstellen vorgelegt werden. Ich möchte aber trotzdem betonen – falls das jetzt so tönt, als würde man die Sache mit den Zeithorizont 2020/2021 auf die lange Bank schieben – dass die Sicherheit der schwächsten Verkehrsteilnehmerinnen und -

teilnehmer bei laufenden Projekten wie zum Beispiel der Baslerstrasse grosse Priorität genießt. Der Gemeinderat ist sich der Problematik durchaus bewusst, wahrt aber immer ein Stückweit auch die Verhältnismässigkeit und die gegebenen Möglichkeiten. Ein weiteres Beispiel, das erst heute Vormittag in einer Sitzung ein Thema war, ist die Querung des Velowegs der Parkallee über die Baslerstrasse. Dort wurden sehr gute Ideen präsentiert und mit den Interessen der Polizei und des Kantons abgestimmt. Ich will damit sagen, man ist auch dort daran, Dinge im Voraus zu realisieren, auch das in Anlehnung an das Leitbild.

Zur Schwachstellenanalyse wurden vorhin schon die wichtigen Eckpfeiler genannt. 30. November 2012 war der Start, die Einzelheiten finden Sie auf Seiten 5 ff. des Berichts. Ich möchte nicht mehr auf alles einzeln eingehen nur noch zwei, drei Dinge erwähnen. Ich möchte zum Beispiel auf Frage 2 verweisen. Dort ist zum Beispiel dargestellt, dass wir mit der Realisierung der Lichtsignalanlage an der Binningerstrasse einen sehr wichtigen Aspekt erfüllen konnten. Oder dass die Wartung des Fussgängerstreifen am Übergang Parkallee/Tulpenweg einem festgelegten Turnus entspricht, es wurde also nicht nur dieser Fussgängerstreifen ersetzt, sondern das geschieht turnusmässig. Ein aktuelles Beispiel sieht man auch auf der Clarastrasse, im oberen Teil beim Schulhaus. Eigentlich hatte ich vor, abschliessend noch zu sagen, was wir alles Tolles bei der Baslerstrasse gemacht haben. Das ist aber schon gesagt worden. Dort ist der Umbau voll im Gange, und wie schon erwähnt, ist uns die Bedeutung der Sicherheit der schwächsten Verkehrsteilnehmer voll bewusst. Und wir werden weiterhin bei verschiedenen anderen Gelegenheiten, die sich bei der Umgestaltung dieser Strasse bieten, ein Auge darauf haben, dass diese Aspekte berücksichtigt werden.

**Markus Gruber**, Präsident: Diskussion findet statt, wenn kein Gegenantrag vorliegt. Gibt es weitere Wortmeldungen?

**Ueli Keller**, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Ich habe noch eine generelle Frage bezüglich der Behandlung von Interpellationen. Ich finde es ehrenhaft, dass man sich vonseiten Gemeinderat für Verzögerungen entschuldigt. Das Problem, das ich habe, ist folgendes: In § 50 Abs. 3 des Geschäftsreglements steht: «Der Gemeinderat antwortet in der Regel in der nächsten Sitzung.» Müsste es nicht eigentlich heissen: «Der Gemeinderat antwortet ausnahmsweise in der nächsten Sitzung»?

**Flavia Tschan**, SP-Fraktion: Ich bin froh, dass wir das Langsamverkehrskonzept nochmals angesprochen haben. Wir begrüßen es sehr, dass die Massnahmen, die bis jetzt noch nicht umgesetzt worden sind, dort einfließen und dass es dazu ein Terminprogramm geben wird. Damit hoffen wir, dass zum geplanten Zeitpunkt auch wirklich alle Schwachstellen behoben sind.

**Markus Gruber**, Präsident: Es gibt keine weiteren Wortmeldungen. Somit gilt die Interpellation als beantwortet und wird als erledigt abgeschrieben. Es gibt keine Abstimmung.

01.030 Einwohnerrat

### **Traktandum 13**

Postulat von Christian Kellermann, Andreas Widmer, Evelyne Roth, Beatrice Stierli, Philippe Adam und Rolf Adam, CVP-Fraktion, vom 22.05.2018, betreffend Intelligente Strassen bauen  
Antrag des Gemeinderates: Entgegennahme  
Geschäftsvertretung: GR Philippe Hofmann, Geschäft 4398

---

**Markus Gruber**, Präsident: Ich frage die Antragsteller, ob das Wort gewünscht wird.

**Christian Kellermann**, CVP-Fraktion: Gern möchte ich im Namen der CVP-Fraktion die Gelegenheit nutzen, um dieses Postulat kurz zu erläutern. Bis im Jahr 2050 müssen alle Atomkraftwerke in der Schweiz für die Stromproduktion aus dem Netz genommen werden. Die fünf Schweizer Kernkraftwerke liefern jährlich einen bedeutenden Beitrag an unsere Versorgungssicherheit. Im Jahr 2015 waren es insgesamt 23'161 Milliarden Kilowattstunden Atomenergie. Das war rund ein Drittel des gesamtschweizerischen Strombedarfs. Genau dieser eine Drittel muss also in den nächsten 30 Jahren durch anderweitige Energiegewinnung eingebracht werden. Bund, Kantone und Gemeinden sind also heute schon gefordert, Lösungen und auch Projekte für alternative Energiegewinnung einzuführen und zu unterstützen. In der Schweiz gibt es noch eine grosse Menge an Dach- und



Fassadenflächen, die mit Solarenergiezellen verkleidet werden können. Unser Postulat zielt aber auf eine neue, noch nicht genutzte Fläche hin: Strassen. Flächen, die also bereits vorhanden sind und zukünftig nicht nur den Verkehr dienen, sondern auch für Energiegewinnung. In China werden bereits Strassen mit Solarzellen gebaut. Die ersten Teststrassen in Deutschland sind auch schon vorhanden und stehen kurz vor der Serienreife. Allschwil als innovative Gemeinde mit einem überregional ausstrahlenden Innovationspark kann hier selbst aktiv werden und gemeindeeigenen Strassen für die Zukunft rüsten und so einen ersten Schritt in die zukünftige alternative Energiegewinnung tun. Wir beantragen dem Einwohnerrat, unseren Antrag grossmehrheitlich zu unterstützen.

**Philippe Hofmann**, Gemeinderat: Der Gemeinderat ist bereit zur Entgegennahme des gestellten Postulat. Es mag ein wenig abenteuerlich und fern klingen, was in China gemacht wird mit Solarzellen in den Strassen. Aber irgendwann wurde auch die Dampflokomotive erfunden, und man glaubte zuerst, dies sei der Weltuntergang und wenn man mit dem Zug reise, laufe die Zeit zu schnell gegenüber der Postkutsche, die so gemächlich durch Strassen und Wege holpert. Die Zeit verändert sich, die Gegebenheiten auch. Wir haben es gehört, die AKW, die einst als Riesenlösung für die Energieversorgungsprobleme erfunden wurden, stellen heute ein Risiko dar. Dementsprechend ist auch der Gemeinderat bereit, innovativ zu sein und zu sagen: Wir nehmen das entgegen. Wir prüfen und berichten, was wir dazu sagen können gemäss dem Postulat.

**Markus Gruber**, Präsident: Der Gemeinderat ist bereit, das Postulat entgegenzunehmen. Gibt es einen Gegenantrag?

**Henry Vogt**, SVP-Fraktion: Wir stellen den Antrag, dass Postulat nicht entgegenzunehmen. Der Grund ist genau der: Es ist sehr abenteuerlich, es ist sehr fern und ein wenig sehr innovativ für Allschwil. Wir waren grundsätzlich erstaunt, dass die Gemeinde auf solch ein Postulat eingehen will und sich Zeit dafür nehmen will angesichts der Ressourcenknappheit, die wir ja in der Gemeinde haben.

**Etienne Winter**, SP-Fraktion: Ich dachte zuerst, ich komme heute nicht zu diesem Thema zum Reden, denn dazu musste es ja einen Gegenantrag geben, den ich aber nicht stellen wollte. Nun kann ich doch das Wort dazu ergreifen. Wir haben von Christian Kellermann das Stichwort ungenutzte Flächen gehört. Was befindet sich jetzt über unseren Köpfen? Eine Photovoltaikanlage auf der Turnhalle. Wieso befindet sich keine auf der grösseren Fläche neben an? Der Gemeinderat hat sich nur für die kleinere Fläche ausgesprochen: ungenutzte Fläche. Wieso haben wir keine Solaranlage auf dem Neuallschwiler Schulhaus mit seinem Flachdach? Der Gemeinderat hat sich dagegen ausgesprochen. Ich höre vom Gemeinderat, wir seien eine innovative Gemeinde. Wir haben heute bereits Mittel, die wir ergreifen können. Das ist früher nie getan worden. Ich setze ein Fragezeichen hinter die innovative Gemeinde. Wir sind aber trotzdem mehrheitlich der Meinung, dass man generell Postulate entgegennehmen soll im Sinne von Prüfen und Berichten, wenn es um derartige neue Ideen geht. Darum unterstützen wir das Postulat, aber, eben, mit einem Fragezeichen.

**Christoph Ruckstuhl**, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Obwohl das alles sehr gut tönt mit Solarenergie und wir wissen, dass wir die Atomkraftwerke abstellen möchten – das Problem bei der Solarenergie ist, wann sie anfällt. Langsam ist man daran, dass man genug Solarenergie im Tagesverlauf speichern kann. Das grosse Problem für die Schweiz ist die Stromversorgung im Winter. Es bestehen im Moment nicht einmal ansatzweise Möglichkeiten, Solarenergie, die im Sommer produziert wird, so lang zu speichern, dass man sie im Winter nutzen könnte. Bevor diese Frage nicht mindestens im Labor gelöst ist, macht es nicht viel Sinn, noch mehr Solaranlagen zu bauen. Diese Frage ist einfach schlicht nicht gelöst. Und jetzt dem Gemeinderat – so löblich das tönt – diese Arbeit machen zu lassen, ist absolut nicht zielführend in den nächsten fünf bis zehn Jahren. Darum werde ich gegen Entgegennahme stimmen.

**Andreas Bärtsch**, FDP-Fraktion: Die FDP-Fraktion wird auch gegen die Überweisung stimmen. Lösen wir doch erst einmal die Dinge, die naheliegend sind. Wir haben heute wieder mehrmals gehört, dass diverse Geschäfte über mehrere Jahre liegen geblieben sind. Und jetzt wollen wir uns mit etwas befassen, das in weiter Ferne liegt, und den Gemeinderat und die Verwaltung zusätzlich mit Aufgaben belasten. Wir sind der Meinung, wenn wir einmal überschüssige Ressourcen haben, gut organisiert und gut aufgestellt sind, ein Alterskonzept haben etc., dann können wir uns an die Zukunft wenden.

**Niklaus Morat**, SP-Fraktion: Wir haben jetzt über die Verwaltung geredet, die zu viel Arbeit habe, und wir reden darüber, neue Energiequellen zu finden, das natürlich möglichst sauber. Worüber wir nicht

geredet haben, ist, ein wenig Energie einzusparen, was eigentlich das einzig Richtige wäre in der Zukunft. Aber wenn schon neue Energiequellen, dann so, wie in diesem Postulat verlangt. Ich bin darum dafür, dass wir es überweisen.

**Markus Gruber**, Präsident: Es gibt keine weiteren Wortmeldungen. Somit kommen wir zur Abstimmung. Wer das Postulat überweisen möchte, bezeugt das mit der gelben Karte

*Abstimmung*

**://:**

Das Postulat von Christian Kellermann, Andreas Widmer, Evelyne Roth, Beatrice Stierli, Philippe Adam und Rolf Adam, CVP-Fraktion, vom 22.05.2018, betreffend Intelligente Strassen bauen, Geschäft 4398, wird mit 16 Ja zu 14 Nein bei 4 Enthaltungen überwiesen.

**Markus Gruber**, Präsident: Es ist 20:55 Uhr. Somit schliesse ich die Sitzung. Ich danke Ihnen für ihren Einsatz und wünsche allen einen schönen Abend

ENDE DER SITZUNG 20.55 UHR